

Kampfbogen

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Kampfbogen“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Abonnement: frei vom 1. April bis 30. März; danach die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Arbeiter-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Halle, Postfach 14.

Abonnement: 12 Geldpostmarken 1. d. Reichsmark Höhe u. Spalte; 70 Geldpostmarken 1. Reichsmark im Viertel. Manuskripte zu richten nach Halle, Postfach 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegramm-Adresse: Kampfbogen Halle. Postkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postfachnummer: Postfach 1068 65 Fritz Reub. Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Mittwoch, den 21. April 1926

6. Jahrgang Nr. 93

Der Parteiausschub der SPD. zum Sachsentonskiff

Alles soll beim Alten bleiben

Gestern hat in Berlin der Parteiausschub der SPD. getagt, der sich mit dem Sachsentonskiff beschäftigt. Es wurde folgendes Bulletin herausgegeben:

„Der Parteiausschub nimmt die Berichte über den „Sachsentonskiff“ zur Kenntnis und bringt auf die schnelle Durchführung der eingeleiteten Ausschüsseverfahren. Des Weiteren, daß alle hierbei beteiligten Genossen und die sämtliche Organisation mit der Einsetzung eines gemeinsamen Schiedsgerichts einverstanden sind. Der Parteiausschub erwartet, daß der Parteivorstand allen Verfassungen, die organisatorische Einheit der Sozialdemokratischen Partei zu zerstören, sofort entgegen begegnet.“

Dieses Bulletin belegt keineswegs, daß die 23 Rechte aus der Partei ausgeschlossen werden, auch wenn die Meinung so klingen mag. Die „Leipziger Neueste Nachrichten“ schreiben hierzu:

Der Parteiausschub hat sich also mit diesem Beschlusse an die Satzungen geklammert. Gemäß diesen Satzungen steht den Ausschüssen das Einspruchsrecht zu, von dem ja auch Gebrauch gemacht worden ist. Der zweite Akt dieser Angelegenheit wird sich nun vor dem Schiedsgericht abspielen, dessen Vorsitz ein „Neutrale“, also ein Nichtparteigänger einnehmen wird. Gegen dieses Schiedsgerichtsurteil kann aber wieder Berufung eingelegt werden, die an den Reichsgericht zu richten wäre. Wie die Dinge in Sachsen bei der SPD liegen kann man nach alledem mit einiger Bestimmtheit darauf rechnen, daß sich das Schauspiel am Sommer vorigen Jahres wiederholen wird.

Das Schauspiel vom vorigen Sommer ist bekanntlich das gewesen, daß der Parteivorstand in jeder Form — wie das ja bereits auch zu wiederholten Malen die linken sozialdemokratischen Führer öffentlich zugabene haben — die 23 Rechte polliert und zu ihrer Polliert ermunert hat. Der Parteiausschub hat Parteivorstand handelt nach dem Satz: Zeit gewonnen, alles gewonnen.

Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen einen Strich durch diese Rechnung machen, indem sie jeden Aufstand mit den 23 Verehrten ablehnen, dafür aber mit den kommunistischen Brüdern eine einheitliche Klassenfront gegen jede Art von Koalitionspolitik bilden.

Un der Keine des Gegners

Unterstützungsdattien der Bourgeoisie für die 23 in Sachsen Die sozialdemokratische „Chemnitzer Volksstimme“ veröffentlicht unter der obigen Überschrift eine Reihe von bürgerlichen Presse-

stimmen, die sich sämtlich auf das wärmste für die 23 Disziplinbrecher in Sachsen aussprechen. Die bürgerliche Presse lobt die 23 als erfahrene Männer, die dem sächsischen Staat Ruhe und Sicherheit gebracht haben. Diese Presse ist auch geneigt davon unterrichtet, daß die 23 den bisherigen Kurs „politischer Mitarbeit“ weiterführen werden. Die Aufklärung der Disziplinbrecher wird in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ ausdrücklich als „mutiger Schritt“ begrüßt. Die deutschnationalen „Dresdner Nachrichten“ erklären wörtlich, daß die Bourgeoisie ihre ganze Hoffnung auf die 23 legt:

„Dem bürgerlichen Standpunkt aus läßt sich nur lebhaft wünschen, daß die sächsischen Rechtssozialisten diese Probe gut bestehen mögen; denn nur mit Schreden kann man daran denken, was werden wird, wenn die radikale Flut hemmungslos über dem sächsischen Volke zusammenfließt.“

Die sozialdemokratische „Volksstimme“ stellt zusammenfassend fest, daß dieses Lob aus dem Munde des Gegners besser als alles andere beweist, welche Rolle die Rechtssozialisten in dem Kampf des Proletariats (oder besser noch im Kampf gegen das Proletariat) spielen.

Sie zanken sich, wer die richtige SPD. ist

(Eig. Drahtm.) Dresden, 21. April.

In der gestrigen Landtagssitzung gab die sozialdemokratische Fraktion eine Gegenklärung gegen die Rechte ab, in der die Behauptung der Rechte, die Sozialdemokratie sei gespalten, widerlegt wird. In der Erklärung heißt es, nicht die Sozialdemokratie sei gespalten, sondern die 23 Rechte seien längst keine Sozialdemokraten mehr.

Sozialdemokratische Arbeiteropposition gegen den SPD.-Parteivorstand

(Eig. Drahtm.) Berlin, 21. April.

In einer gestern in Berlin von Tausenden besuchten Versammlung sprach der ausgeschlossene Freiburger und der von den Berliner SPD.-Zuständen ausgeschlossene M. H. H. Heide appellierten an die linken sozialdemokratischen Arbeiter, sich die Diktatur des Parteivorstandes gegenüber einfachen Arbeitern nicht weiter gefallen zu lassen. In der Diskussion sprach u. a. auch einer der Reichsbannerführer, die wegen ihrer oppositionellen Haltung gemahrt sind.

Verfassungsbruch der Luther-Regierung

Zur Verhinderung des Volksentscheids

Die Luther-Regierung tut alles, um den Volksentscheid hinauszuzögern und zu verhindern. Im Reichsausschub des Reichstages erklärte gestern der Innenminister K. u. L., daß die Regierung auf dem Standpunkt stehe, das Enteignungsgesetz sei verfassungsändernd und benötige zu seiner Annahme durch den Volksentscheid die Mehrheit der Stimmberechtigten als Ja-Stimmen. Vorher verwarf die Stellungnahme der Regierung dadurch zu verschleiern, daß er erklärte, die Reichsregierung hätte noch nicht Stellung zum Enteignungsgesetz genommen. Die Erklärung aber, daß das Gesetz verfassungsändernd sei, beweist, daß die Regierung längst Stellung genommen hat. Im Reichsausschub wurde dann das neueste Kompromiß verhandelt, wobei sogar der Sozialdemokrat Hosenfeld erklärte, daß es nur neue Verfügungen aufzuehe. In der „Volksstimme“ schlägt der Reichsgerichtsrat Sch. a. L. vor, daß die Regierungsparteien im Reichstage beim Enteignungsgesetz Veränderungen annehmen, damit dann der ursprüngliche Entwurf und der geänderte zum Volksentscheid kommen. Er hoffte dann, daß der durch das Volksbegehren geforderte Gesetzesentwurf nicht die nötige Anzahl Stimmen erhält. Darüber hinaus haben K. u. L. und der Reichsgerichtsrat Curtius mitgeteilt, daß sich die Regierung mit weiteren Plänen zur Abänderung der Verfassung und insbesondere der Bestimmungen über die Durchführung des Volksentscheids (1) traktiert. Sider wird die Luther-Regierung dann sogar vor einer grundsätzlichen Abänderung der Verfassung nicht zurückzusehen, wenn der Volksentscheid die nach den bisherigen Bestimmungen ausreichende Zahl von Unterzeichneten gefunden haben wird. Die Erklärung des Belagerungsstandes und der Erlass von Ausnahmebestimmungen auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung hat je bisher noch immer der Regierung den Vorwand zur Verhinderung von Schritten gegeben, politischer oder sozialer Art, die die Arbeiterklasse zu empfinden drohte, gewesen.

Dieser gegenwärtige und gemeinsame Widerstand der Luther-Regierung gegen den von 12 1/2 Millionen geforderten Volksentscheid kann nicht mehr mit parlamentarischen Mitteln gebrochen werden. Hier muß die Arbeiterklasse selbst auf den Plan treten. Wenn jetzt die deutsche Arbeiterklasse rüft zum 1. Mai, so muß sie ihren Kampf

für eineinseitige MassenDemonstrationen verbinden mit dem millionenfachen Ruf aus allen Betrieben und Gewerkschaften:

Her mit dem Volksentscheid!
Fort mit der Luther-Regierung!

Löbe „hofft“ auf einen neuen Kompromiß-Entwurf

Breslau. In einer Bezirksversammlung seines Breslauer Wahlkreises erklärte Reichstagspräsident Löbe, daß der Volksentscheid für Ende Juni zu erwarten sei. Am Mittwoch hoffe er, im Reichstag den neuen Kompromißentwurf als Regierungsvorlage vorzuführen. Sollte das nicht der Fall sein, so werde er als Reichstagspräsident sich bei der Regierung für eine beschleunigte Vorlage einsetzen. (1) Löbe teilte mit, daß man im Kreise der Reichsregierung daran gedacht hätte, durch eine Verfassungsänderung die Bestimmungen für das Volksbegehren zu verschärfen.

Die sozialdemokratischen Arbeiter werden erstaunt sein, aus dieser Meldung zu erfahren, daß sich Löbe noch für die beschleunigte Vorlage des Fährtenabstimmungskompromisses, nicht aber für die beschleunigte Vorlage des Enteignungsgesetzes einsetzt, das durch das Volksbegehren angenommen wurde. Wären die sozialdemokratischen Führer einen neuen Verrat?

Gemeinnähe Weisener

(Eig. Drahtm.) Böttcher, 21. April.

Der Vorstand der Ortsvereine der freien Gewerkschaften hat die Leitungen der KPD. und SPD. zusammengerufen, um zu beraten über den 1. Mai. Man einigte sich auf folgender Grundlage: Die Arbeiterklasse soll am 1. Mai vollständig ruhen zu lassen und morgens um 9 Uhr zur Demonstration aufzumarschieren. Als Referenten sprachen ein Vertreter der KPD. und SPD.

Revolutionäre Gärung in Polen

Halle, 21. April.

Ueber die polnischen Zustände beginnen selbst bürgerliche Zeitungen die frühesten Schilderungen zu geben. So kann man der Krakauer Zeitung „Czas“ folgende Zeilen entnehmen:

„Im Sejm, dem polnischen Parlament, läßt sich keine regierungsfähige Koalition herstellen. Die Regierung ist ratlos und hilflos. Im Volke herrscht Spaltung und Hader; vor der Zukunft zweifelt; Diktaturpläne werden erörtert, sogar von einer Monarchie ist die Rede, obgleich man weder für einen Diktator noch für einen Monarchen eine geeignete Persönlichkeit hat. Die ständigen Unruhen werden nicht durch halbamtliche Agitation hervorgerufen, sondern sind der Ausdruck des tatsächlichen Elends im Lande. Die Lage des Arbeitslosenheeres ist katastrophal. Dabei hat man mit einer weiteren Steigerung der Teuerung zu rechnen. Ohne ausländische Anleihe fällt Polen der völligen Verelendung zum Opfer. Auf Anleihen ist aber nur Aussicht, wenn Polen sein Budget, seine staatlichen Unternehmungen unter Auslandskontrolle stellt. Um die Währung und den Staatshaushalt zu retten, hat die polnische Regierung Steuern eingeleitet, die weit über die Eisenbahn der Kaufkraft hinausgehen. Durch außerordentlich hohe Zölle ist die Einfuhr gewaltig abgedrosselt worden. Seit Jahresfrist wächst die Notlage der Industrie. Trotz aller Mühen weiß der polnische Staatshaushalt ein Defizit von mehreren hundert Millionen auf. Diese Ziffern dürften sich noch wesentlich erhöhen, denn die Währung ist erneut ins Wanken geraten. Alle Gewaltmaßnahmen haben nichts genutzt. Auch die Landwirtschaft ist am Ende ihrer Kraft angelangt. Sie ist in einem Maße beeinträchtigt worden, daß die großen Besitztümer und die kleineren Landwirte wenig an Zahlungsfähigkeit für Steuern anbieten.“

Neben all diesem Jammer fesselt die Korruption Organe und der polnische Staat wird um Millionen betrogen. Nachdem erst nach dem polnischen Landsturm die polnischen Verunreinigungen aufgehört wurden, hat jedoch ein neues Strafverfahren stattgefunden, bei welchem es sich ebenfalls um Millionenwerte handelt. Derartige Gaunereien sind in Polen so häufig geworden, daß manche Zeitungen dazu übergehen, eine leistungsfähige Rubrik einzurichten, unter welcher ihre Leser fortlaufend über die meisten Verunreinigungen unterrichtet werden.

Soweit das polnische Blatt. Aus seinen Angaben kann man entnehmen, daß die Situation in heutigen Polen fast auf ein Haar der gleiche, wie wir sie im Oktober 1923 bei uns in Deutschland gehabt haben. Wie damals in Deutschland nach dem Bauernrat der von den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie der polnischen Bauernschaft als „Polenrat“ bezeichnet wurde, so schaute man auch in Polen nach dem starken Mann aus, der Rettung bringen soll. Und wie die deutsche Bourgeoisie gemeinsam mit der Sozialdemokratie im Oktober 1923 nur noch mit dem Ausnahmezustand gegen das Proletariat glaubte „das Vaterland retten“ zu können, so sind auch die polnischen Sozialdemokraten mit ihrer herrschenden Klasse darin einig, daß es vor allen Dingen darauf ankomme, einen Oberbefehlshaber der polnischen Truppen zu haben, der tüchtigste die rebellierenden Massen niederhalten vermag. So scheint in Polen die Stunde des berüchtigten Bündnisses, des früheren Sozialisten, wieder gekommen zu sein. Nicht zum wenigsten die Sozialdemokratie Polens erlaubt, daß er als militärischer Oberbefehlshaber jetzt den „Reiter Polens“ spielen wird.

Während so auf der einen Seite die polnische Bourgeoisie mit Unterstützung der Sozialdemokratie befreit ist, vermischt des weißen Terror die hungerrnde Arbeiterklasse niederzuhalten, vollzieht sich auf der anderen Seite innerhalb der Arbeiterklasse selbst ein ungeheurer Radikalisierungsprozeß. Wohl hehen nach bekanntem Muster alle polnischen Zeitungen gegen die Kommunisten als die angeblichen Störenfriede und Arrangure der Erwerbslosen-Demonstrationen. In Wirklichkeit ist es aber so, daß auch die breitesten Massen der sozialdemokratischen Arbeiter in Polen ihren Führern die Gefolgschaft gefähndigt haben und mit den Kommunisten zusammen den Kampf gegen ihre Verelendung ausgenommen haben.

Die Zusammenstöße zwischen Arbeitlosen und bewaffneter Macht häufen sich. Immer stärker wird die Erkenntnis in den Massen des polnischen Proletariats, daß seine Lage nur gebessert werden kann durch die Übernahme der Macht. Schon flakern da und dort Teilnahmen auf, als die Vorläufer des bewaffneten Aufstandes. Stille, weise haben Erwerbslose die Munitionsläden gestürmt, um nicht unbewaffnet von der Polizei des kapitalistischen Staates niedergeschlagen zu werden.

Das alles sind Symptome, die darauf hinweisen, daß Polen vor wichtigen revolutionären Ereignissen steht. Es kommt darauf an, daß die kommunistische Partei Polens es versteht wird, die Einzelheiten des polnischen Proletariats zusammenzufassen und eine wirklich kampfbereite Einheitlichkeit zu schaffen. Die Forderung der Arbeiter- und Bauern-Regierung, die in der polnischen Arbeiterklasse immer größere Massen von Anhängern gewinnt, ist der Zentralpunkt, um den sich die in Entwicklung befindlichen politischen Aktionen gruppieren werden.

Die deutschen Arbeiter haben alle Ursache, die Ereignisse in Polen mit der größten Aufmerksamkeit zu verfolgen. Das deutsche Proletariat hat aus den Oktoberereignissen 1923 vieles gelernt, was es jetzt den polnischen Arbeitern als wichtige Lehre auf den Weg mit-



Kampf oder Unterwerfung?

Zum Konflikt im Kohlenbergbau Großbritanniens

Von H. Dörmick

sehen kann. Und das ist vor allem folgendes: Die sozialdemokratischen Führer werden sich im entscheidenden Moment stets jenseits der Barrikaden stellen. Wie es die Sozialdemokraten Ober, Solzmann, Hildebrandt usw. waren, die als Minister der kapitalistischen deutschen Republik den bewährtesten Mann des Auftrag gaben, nicht gegen das politische Bauen, sondern gegen das rote Schloß zu marschieren, so wird selbstverständlich der Held der politischen Sozialpartei, Herr Mühlhahn, unter aktiver Beihilfe der sozialdemokratischen Führer, nur gegen links die bewährteste Waffe in Bewegung setzen. Das bedeutet, daß die politischen Führer, wenn sie den Sieg erstreben wollen, alle sozialdemokratischen Massen über den Haufen werfen und sich mit den kommunistischen Arbeitern zusammenschließen, um den Boden des nächstfolgenden Klassenkampfes mit dem Ziel der Meisterüberwindung stellen müssen.

Das Urteil im Prozeß Asmus

W. E. Chemnitz, 20. April.

Im Prozeß gegen den Oberstaatsanwalt Dr. Asmus, Freiburg, wurde heute nachmittags 5 Uhr das Urteil verkündet. Dr. Asmus wurde freigesprochen. Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last.

Man hat es also doch nicht gewagt, den Strafantrag auf 2 Jahre zu beschränken. Der ganze Prozeß, ausgehend auf angebliche „Verletzungen“ des sozialdemokratischen Oberstaatsanwalts durch Asmus, ist ein unangenehmes Ereignis. Dieses Urteil darf die Arbeiterklasse jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Reaktion nach wie vor fest in der Hand ist. „Rechtspresident“ bezeichnet ist. Wenn diese reaktionären Richter im Prozeß Asmus einen Aufschub machen, so nur deshalb, weil sie wenig in die Rechte der Bourgeoisie hinein Empörung schon über die Anklageerhebung herfürzte.

Doch nicht zu vergessen, es war ein Oberstaatsanwalt, Revolutionäre Arbeiter wird man nach wie vor verurteilen, trotz aller menschlichen Empörung, und erst dann werden die proletarischen politischen Organisationen frei werden, wenn die Empörung der Arbeiterklasse zu einer politischen Aktion für die Befreiung aller politischen Gefangenen wird.

Roberto Mussolini seine „bedeutenden Ausprüche“ laut

Mussolini hat nach dem Urteil mit der Revolverkugel durch die irische Miß Gigion einen kleinen Ohnmachtsanfall erlitten. Bald darauf hielt er vor den verammelten Provinzialparlamenten der französischen Republik eine große Rede mit noch größeren Schreien. Er sagte dabei u. a. folgenden Dingen:

„Es geht nicht. Wenn ich vorwärts fahre, folgt mir! Wenn ich zurückfahre, folgt mir! Wenn ich links fahre, folgt mir! Wenn ich rechts fahre, folgt mir!“

Das klingt äußerst groß und ist eines Kaisers würdig. Leider hat Mussolini, wie schon so oft, vergessen mitzuteilen, wer vor ihm diese Worte gebrauchte und daß er nur der Nachprüfer ist. Was Mussolini versag, wollen wir nachhaken.

In den Mémoires de Madame la Marquise de La Rochejaquelein Seite 84, über den jungen Henri de La Rochejaquelein, der im Alter von 22 Jahren von einem französischen Gefangenen erlöset wurde, von seinen Volksgenossen zum „General des armées de la Vendée“ (General der Konterrevolutionären Armeen der Vendée in der großen französischen Revolution) gewählt wird. Der damals 20jährige sagte dabei (wir übersehen nichts):

„Meine Freunde, wenn mein Vater hier wäre, würde ich treuen zu ihm haben. Ich bin zwar nur ein Kind, aber ich werde mich durch meinen Mut diesen würdig erweisen, auch zu commandieren. Wenn ich vorwärts fahre, folgt mir! Wenn ich zurückfahre, folgt mir! Wenn ich links fahre, folgt mir! Wenn ich rechts fahre, folgt mir!“

Die letzten Worte entsprechen in der Uebersetzung genau dem, was Mussolini in seinen Reden immer wieder wiederholt. Das oben erwähnte Urteil 1923 geschrieben und ist bis heute nahezu vergessen. Dann jetzt wieder der Clown von Rom.

Gegen bürgerliche Lügenmeldungen

Moskau, 19. April.

Die Telegraphenagentur der Sowjetunion bemerkt die von der Telegraphen-Agentur veröffentlichte Meldung, wonach Wachturin angeblich in einer in Moskau gehaltenen Rede erklärt habe, daß die Sowjetunion der westfälischen Arbeiterklasse, wenn diese unerschütterliche Hilfe gebietet werde, Wachturin bestände bis jetzt dem 25. März auf Urlaub außerhalb Moskaus und habe die ihm unterliegenden Erklärungen weder vor, noch während seines Urlaubs gemacht. Die Wachturin zugeschriebenen Worte seien tatsächlich unwahrhaft von Wachturine in einer Versammlung in Düsseldorf ausgesprochen worden.

Genau unrichtig ficht, wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion weiter berichtet, auch die von der Telegraphen-Agentur verbreiteten Nachrichten über eine angebliche Schließung der staatlichen Moskauer Fondsdepot, die nach wie vor arbeitet und täglich Vermehrungen ausseht.

Belgische Intellektuelle für die Annäherung an die Sowjetunion

In Brüssel fand eine öffentliche Versammlung des „Komitees zur Herstellung geselliger Beziehungen zu Sowjet-Rußland“ statt. Diese Versammlung ist nicht gering in einem Lande, in dem sogar die Sozialisten, wenigstens die Ministersozialisten, gegen eine Annäherung von Beziehungen zu Sowjet-Rußland sind, wenigstens solange die Sowjetregierung nicht die russischen Schulden an die belgischen Kapitalisten anerkennt. An der Versammlung nahmen mehr als 200 Personen teil, zum Teil Vertreter der bürgerlichen wissenschaftlichen, literarischen und künstlerischen Kreise Belgiens. Das Referat hielt der bekannte Schriftsteller und Gelehrte Pierre Deil. Er sagte unter anderem, daß die Sowjetregierung gewisse Anstrengungen zur Hebung des geistigen Niveaus des Landes macht und daß die Annäherung von Beziehungen zu Sowjet-Rußland nur ein Vorteil für Belgien sein könnte. In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner für die Erneuerung der Arbeit des Komitees und die Verstärkung der Propaganda aus. Die Resolution wurde auch einstimmig angenommen.

Der 1. Mai, ein — „Erholungsurlaub“!

Richtlinien der Luther-Regierung

(Eig. Drahtf.) Berlin, 20. April.

Das Reichsministerium veröffentlicht Richtlinien über den Dienst am 1. Mai, in denen festgelegt ist, daß Beamte, Angestellte oder Arbeiter in Wehrbetriebe, die am 1. Mai dem Dienst fernbleiben, rechtzeitig solche Anträge zu stellen haben, denen im übrigen nur formell entgegenzutreten ist. Als behauptet wird, die Fortführung des Dienstbetriebes nicht in Frage gestellt werden. Bei Beamten und Angestellten ist für den Fall der Bewilligung des Urlaubs, daß freie Tage zum Erholungsurlaub abzugeben. (1) Bei Arbeitern wird für die Dauer der Arbeitsverhältnisse Lohn nicht gewährt.

Die Bourgeoisie stellt sich angepisst der wachsenden Einheitsbewegung entgegen, von der Androhung direkter Maßregelungen Abstand zu nehmen. Seit dem Ende aber soll durch indirekte, einschneidende Maßnahmen die notwendige Arbeitskraft verhindert werden. Die Arbeiterklasse wird nun erst recht den Kampf um einen Kampftag machen, der die förmlich drohende Kraft des einseitigen Proletariats demonstriert.

Der Kampf der „Bolschoten“ gegen das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Nationalitäten

Unter der Ueberschrift „Moskau für Rom“ glaubt der Zeiter „Bolschoten“ dem „Klassenkampf“ ein ausführen zu können. Er benutzt den Brief eines Sozialdemokraten aus Paris, der von einer internationalen kommunistischen Zusammenkunft in Moskau spricht. In diesem Brief behauptet man sich darüber, daß die russische Arbeiterklasse die einzige Partei ist, die in Frankreich einen Kampf gegen die imperialistische Tendenzen der europäischen Staaten zu fördern die von einem Selbstbestimmungsrecht der kleinen Nationalitäten nicht ablassen wollen. Das ist ein Beispiel für die imperialistische Sozialdemokratie, die mit der imperialistischen Bourgeoisie die nationalen Widerstände innerhalb der imperialistischen Welt durch die besten Geistesmaßnahmen überwinden will. Dagegen ist das Recht von nicht weniger als etwa 45 Nationalitäten — wir erinnern uns an die deutsche Volksgemeinschaft in Sowjet-Rußland — sich frei, was in gerade die Stärke der Sowjetunion ausmacht.

Die Stellung der französischen Kommunisten für das westliche Selbstbestimmungsrecht der Elsas-Lotharinger ist ebenfalls fraglich, was nicht allzu lange Zeit auf einer internationalen Konferenz kommunistischer Parlamentarier einstimmig festgelegt worden.

Der „Bolschoten“ sollte, wenn er schon gegen den „Klassenkampf“ polemisieren will, etwas geschichtlicher orientiert und nicht allseitig seine Sympathien für den französischen Imperialismus offenbaren.

Die Tätigkeit der deutschen Jungarbeiter-Delegation nach Sowjet-Rußland

Am 10. und 11. April kam die Delegationsauskunft zu einer Besprechung, um über weitere Arbeiten in Sowjet-Rußland zu entscheiden. Die Vertretung der Jungarbeiter-Delegation ist in den meisten Bezirken sehr gut durchgeführt worden. So haben bis zum 1. April, soweit Berichte vorliegen, insgesamt 306 Vertreter der Jungarbeiter-Delegationen in 132 Orten 82 870 Personen auszuwählen. 323 Distriktsversammlungen sind für und gegen den Eintritt aufgetreten und 1350 Fragen wurden dabei in 132 Orten gestellt. Die eingehenden Berichte in allen Orten und die selbständige Fragestellung zeugen von einem großen Interesse für die Sowjetunion. Mit der Vertretung des Kampfes der imperialistischen Bourgeoisie in Sowjet-Rußland, den einzigen Kampf, der im Interesse der Arbeiter und Bauernmassen aufwärts geht, steigt die Sympathie der erarbeiteten und jugendlichen Arbeiter für dieselbe. Trotz aller Schwierigkeiten, die den Jugendarbeitern in ihren eigenen Organisationen bereitet werden, ist der Kreis der jugendlichen Arbeiter in Sowjet-Rußland einzuwirken und über den sozialistischen Aufbau in der USSR zu berichten.

Darüber hinaus hatte sich die Delegation die Aufgabe gestellt, den Gedanken der Einheitsfront auf Grund der Fortschritte der Kampfbewegungen in Sowjet-Rußland zu verbreiten. Sowjet-Rußland ist langjährig aufgeführt und angenommen haben, in die Reihen der wertigen Jugend hineinzuwirken. Erreicherungswerte haben sich an vielen Orten Einheitsfronten der erarbeiteten Jugend gebildet. Diese Aufgabe ist es, neben einer gründlichen Vertretungstätigkeit für die gemeinschaftliche Organisierung aller jugendlichen Arbeiter einzutreten und für den Gedanken des geschlossenen Kampfes zwecks Erreichung der aufgestellten Forderungen neue Kreise jugendlicher zu gewinnen.

Zusammenfassend legte der Delegationsauskunft seine nächsten Aufgaben in folgender Resolution fest:

- ### Resolution
1. Nach unserer Rückkehr aus Sowjet-Rußland stand vor uns eine erste Aufgabe, eine großartige Vertretungstätigkeit über unsere Erfahrungen durchzuführen. Breite Jungarbeitermassen mußten erreicht werden, um ihnen in Verbindung mit der elenden Lage der jugendlichen Arbeiter in Sowjet-Rußland über die Bedeutung der russischen Arbeiter und Bauernjugend zu erklären. Die Jungarbeiterkongresse in allen größeren Städten Deutschlands, welche als Anknüpfung einer guten Vertretungstätigkeit dienen, nachdem auch wir wirtschaftlichen Arbeit der jugendlichen Arbeiter Stellung. Die Grundlagen für eine weitestgehende Organisierung aller jugendlichen Arbeiter sind genommen, welches die minimalsten Forderungen zur Verbesserung der Lage der Jungarbeiterklasse enthält. Ein großer Teil unserer Vertretungstätigkeit ist jetzt abgeschlossen. Unsere Aufgabe ist es, den Gedanken der Einheitsfront in die Reihen der jugendlichen Arbeiter hineinzuwirken. Daher sind unsere nächsten Aufgaben:
 2. Weitere Durchführung einer energischen Vertretungstätigkeit über unsere Erfahrungen in der USSR.
 3. Einwirkung aller jugendlichen Arbeiter in den freien Gemeinwesen. Förderung des Kampfes für die internationale Einheitsfront.
 4. Einwirkung der Bildung von Jugendbeiräten in allen Orten zur Durchführung der aufgestellten Forderungen.

Um die gemeinschaftliche Arbeit zu verstärken, stellen wir uns auch als Aufgabe, die neue Zeitschrift „Die Einheitsfront“ in großem Maße in den Reihen der jugendlichen Arbeiter zu verbreiten. Jeder jugendliche Arbeiter ein freier Gewerkschafter, der müssen wir uns als Ziel stellen. In diesem Sinne an die weitere Arbeit.

Belwagen für die rote Front

Die torumpierte Dames-Bahn provoziert

Seit Wochen werden verhandelt der RFB, mit der Reichsbahn-Gesellschaft über die technische Durchführung des Reichsstreiks des RFB, das Pfingsten in Berlin stattfinden soll. Mehr als 50 000 Kameraden des RFB, haben sich trotz Arbeitslosigkeit und trotz Hungerlöhne bereit erklärt, in Berlin aufzumarchieren und die hohen Fahrgelder aufzubringen. Die Reichsbahn-Gesellschaft hat alles Mögliche getan, um den Aufmarsch der roten Front in Berlin zu sabotieren. Erk wurden Sonderzüge abgestellt, dann wurden Fahrpreiserhöhungen festgesetzt, um die Projekte, um festgelegte Fahrpreiserhöhungen rundweg abzuschlagen. Man behauptete sich endlich „zugewandt“, daß Sammeltransporte zu vollen Fahrpreisen vielmehr möglich sind, wenn die roten Front kämpfer mit sogenannten Militärtransportwagen, d. h. auf deutschen Belwagen, vorlieb nehmen würden.

Die reaktionären Vertreter der Dames-Bahn, hinter denen in diesem Falle die gleichwertige Landesregierung steht, glauben allen Ernstes, durch die Sabotage und Verhinderung der roten Frontkämpfer den Aufmarsch der roten Front in Berlin ernstlich gefährden zu können.

Diese Herrschaften werden sich täuschen. Die Sabotagepläne der Kollegen der torumpierten Reichsbahn-„Direktoren“ und „Präsidenten“ aus Frankfurt a. O. werden bei Kameraden im RFB nur ein Nilpferd sein, nun erst recht allzu deutlich werden, den Aufmarsch in Berlin in einem geschlossenen revolutionären Aufbruch zu gestalten. Die roten Frontkämpfer heraus! Rüstet zum Reichsstreik! Note Pfingsten in Berlin!

Große Unterchleife bei der Uga

Bei der Uga-Automobil-U. G. in Ditzingen, dem früheren Werk „Daimler-Benz“, die jetzt von dem Kontroller Walter Wunderlich geleitet wird, ist man großen Bestrebungen auf die Ebene zu kommen, denn diese Uga wird nicht leicht, die aber Uga mit 100 000 Mt. Mindestlohn erreicht. Der Hauptbeleg, ein 38 Jahre alter aus Mühlendorf gebürtiger Großhandelsmann Karl August Uga, der in der Rheinstraße 1 einen Universal-Großhandel betreibt, wurde von der Kriminalpolizei verhaftet, gegen welchen Angehörige der Uga ein Strafverfahren eingeleitet.

Gewerkschaftsbewegung

Achtung, Bergarbeiter!

Am 25. April 1926 finden einheitlich, im gesamten Verbandsgebiet, die Wahlen zum Verbandstag des Bergarbeiterverbandes statt.

Die Kandidaten der Opposition sind für den 74. Wahlbezirk (Helba, Klottermannsdorf, Bendorf, Jägerode, Ahlsdorf, Bergsdorf, Reilsfeld, Wimmelburg, Walferode, Bornstedt, Goldenstedt, Klotz, Oberdorf, Nachschichtmann, Eischen, Hella, Interriedorf, Eberhorn, Himmelsleben, Wolfstedt): Otto Weis, Eischen, Betriebsratsvorsitzender der „Kruglütke“.

Für den 75. Wahlbezirk (Kreutzfeld, Gerstfeld, Sandersleben, Eischen, Thonorf, Amdorf, Kolleben, Heiligenthal, Burgamer-Altdorf, Großgrün, Niederwiederstedt, Leimbach, Ratterode, Rietzode, Wansfeld, Gorenzen, Annarode, Siebigerode): Grube, Thonorf.

Für den 76. Wahlbezirk (Schiffelersdorf, Bitterfeld mit den Ortsteilen: Kemberg, Golpa, Jägerwitz, Grafenrainditz, Bitterfeld, Greppin, Wolfen, Sandersdorf, Jägerdorf, Kamfjn, Kottisch, Bredna, Solowaisch): Friedrich Schneider, Jägerdorf, Grube „Friedrich“.

Für den 116. Wahlbezirk (Dobris, Gruben, Grünau, Hohenmollen, Mufchwitz, Kopph, Reichardtswerben, Lohmitz, Weichenfels): Alfred Weisler, Hohenmollen.

Für den 117. Wahlbezirk (Gudenua, Raundorf, Taudern, Trebnitz, Zschepin, Unterehla, Werfchen, Zeitz): Richard Hüfner, Betriebsratsvorsitzender der Grube „Otto“ bei Zschepin.

Bergarbeiter! Kameraden! Nehmt in allen Gruben und Schachtanlagen Stellung zum Verbandstag. Mobilisiert die Kumpels und trete am Sonntag, dem 25. April, geschlossen auf. Wählt die Kandidaten der Opposition.

Bezirkskonferenz der Betriebs- und Beamtenträte der Reichsbahndirektion Halle (5.)

Nach einem eingehenden Referat des Volkon Brunnig (Berlin) und der sich daran anschließenden Aussprache kommt die am 18. April 1926 in Leipzig tagende Bezirkskonferenz der Betriebs- und Beamtenträte des Reichsbahndirektionsbezirks Halle zur Annahme folgender

Entscheidung:

Die Arbeitskraft der einzelnen Menschen ist das wertvollste Gut des deutschen Volkes. Daneben wirtschaftliche Höchstleistungen können nur bei pfleglicher Behandlung und weitestgehendem gesetzlichen Schutz der Arbeitskraft und durch eine absichtliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen erreicht werden, deren Sicherung nur durch feste, auf das uneingeschränkte Realisationsrecht gestützte Gewerkschaften und ein einheitliches Arbeitsrecht erfolgen kann.

Insbesondere erfordert das gegenwärtige Arbeitsgesetz bei der Deutschen Reichsbahn eine baldige auszeichnende Bezahlung der Arbeiter und Beamten und eine Ausgestaltung des Arbeiter- und Beamtenechts. Die Verwirklichung eines neuen Stellen- und Tätigkeitsgesetzes und des Arbeitsgerichtsgesetzes nach den Wünschen des sozialpolitischen Ausschusses des Reichsbahndirektorates ist zu beschleunigen. An die Stelle der mittelfristig von der Reichsbahn-Gesellschaft erlassenen Personalordnung hat eine Vereinbarung der Arbeits- und Leistungsbedingungen zu treten.

Die Konferenz hat von dem Urteil des Landgerichts Berlin I in dem Lohnstreit Kenntnis genommen und erklärt: Dieses Urteil steht im Widerspruch zu dem Rechtsempfinden des Eisenbahnerpersonals und darüber hinaus der ganzen deutschen Arbeitnehmerenschaft. Die Konferenz des Urteils wäre, daß die Reichsbahn die Lohnforderungen der Eisenbahner nicht ausführen würde. Die Konferenz erwartet, daß dieses unbillige, mit der deutschen Gesetzgebung im Widerspruch stehende Urteil schon in der nächsten Instanz torrtiert wird, da die Aufrechterhaltung dieses Urteils zu einem für die Reichsbahn unerträglichem Rechtszustand führt, der Kampf um die Reichsbahn auslösen und schwere wirtschaftliche Erschütterungen zur Folge haben muß.

Die Konferenz gelobt, alles zu tun, um den Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands zu fördern und seine Widerstandskraft zu erhöhen, damit eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Eisenbahner, wenn erforderlich, durch Anwendung aller gewerkschaftlichen Mittel durchgesetzt wird.

Diese uns von der Bezirksleitung des Einheitsverbandes der Eisenbahner überbrachte Resolution setzt so recht, wie meist die DGB-Ansichten von der Klassenkampf-Deologie, zu der sie sich auch einmal bekannt haben, entfernt. Sie preisen das deutsche (bürgerliche) Recht und appellieren an das moralische Empfinden der deutschen Bourgeoisie, ersucht im Kampfe um die Macht, um den es sich handelt, die Eisenbahner- und Beamtenträte vorwärts zu führen. Es ist auch bezeichnend, daß diese Resolution, die bestimmt nur geringen Gegenstand aus der Mitte der Konferenz erfahren hat — sonst hätte ihre ganze Fassung diesem Druck mehr Rechnung getragen — sich vollständig auf den Boden des Arbeitsgerichtsgesetzes stützt, das wir bereits einmal in seiner großen Ungültigkeit im „Klassenkampf“ getrennschäftig haben und auf das wir demnach nicht ausschließen eingehen werden.

Die vorliegende Entscheidung zeigt, welche intensive Arbeit in den Gewerkschaften, und insbesondere im Einheitsverband der Eisenbahner, noch zu leisten ist, um diese Organisationen zu Trägern des Klassenkampfes zu machen. Sie wird ein Vorposten sein, daß auch solche, die noch immer zaudernd, sich einreihen in die Front und an dieser wichtigen Aufgabe mit helfen.

DGB-Kartell Eischen für Arbeitsruhe am 1. Mai

Pintowski Kartellvorsitzender?

Die Eischer Kartellversammlung am 18. April („Volkshaus“) beschloß sich mit folgender Tagesordnung: 1. Kartell. 2. Kartellbewegung. 3. Kartellansammlung. 4. Kartellansammlung.

Den Punkt Kartell besandete der Vorsitzende Pintowski, der den Standpunkt vertrat, daß die Frage der Kartellierung Gelegenheit der einzelnen Gewerkschaften sei, diese sollten ihre Beschlüsse dem Gewerkschaftskartell unterbreiten und das Kartell dann seine Maßnahmen treffen. Das ist etwas ganz neues in der Eischer Gewerkschaftsbewegung und es ist wohl ein beschämendes Zeugnis, wenn ein Kartellvorsitzender mit solchen Methoden verfährt, die Kartellierung am 1. Mai zu veranlassen. Die Diskussionsredner nahmen dann auch in diesem Sinne Stellung und verlangten, das Gewerkschaftskartell die Leitung in die Hand nimmt. Es hätte keine Diskussionen beizugehen müssen, so daß im Kartellbeschlusse wieder ein 1. Mai begangen würde, wie im Jahre 1918. Es würde eine Kartellierung bedeuten, die am 10. April (jeden Tage vor dem 1. Mai) das Programm des 1. Mai ausarbeiten soll. Ein Antrag des Kollegen Bloßfeld auf Arbeitsruhe am 1. Mai wurde einstimmig angenommen.

Balkankonferenz der Amsterdamer

Zimmen spricht für die Einheit

Wie aus Sofia gemeldet wird, hatten sowohl die sozialdemokratischen als die unabhängigen Gewerkschaften zum Empfang der Amsterdamer Führer, die zur Balkan-Konferenz nach Sofia gekommen waren, aufgewacht. Die Kundgebung gestaltete sich zu einer mächtigen Demonstration für die Gewerkschaftseinheit, die zu durchzuführen die sozialdemokratischen Führer beabsichtigt waren. So ließen sie die Begrüßungsrede des Vertreters der unabhängigen Gewerkschaften nicht überhören, als sich ein mächtiger Demonstrationsschwung in der Stadt bildete, in dem die Sozialdemokraten den einheitlichen Zug und bildeten einen getrennten Zug. Der Zug der unabhängigen Gewerkschaften, der doppelt so stark war, als der sozialdemokratische, wurde dreimal von sozialdemokratischen Studenten überfallen und gestört.

Edo Zimmen, Generalsekretär des Internationalen Transportarbeiterverbandes, hielt auf in Sofia tagenden 11. Kongresse der bulgarischen Eisenbahner eine mutige Rede für die Gewerkschaftseinheit. Er führte u. a. aus: „Die bulgarischen Arbeiterklasse kann nicht auf einen größeren Erfolg rechnen, bevor die großen Rabens des Proletariats nicht zerstückelt sind. Die Voraussetzung des Sieges ist die Einheit. Um die internationale Einheit herzustellen, muß man erst die nationale Einheit herstellen. Sie müssen sich mit denen vereinigen, welche in der Vergangenheit bestimmte Kämpfe geführt haben und noch führen. (Beifall) sind die unabhängigen Gewerkschaften. (A. M. d. Red.)“

Zimmen schloß seine Rede mit den Worten: „Ich habe einen großen Wunsch, einen Wunsch der Internationalen, der in ihr organisiert Millionen Arbeiter: Daß Euren Worten Taten folgen und daß Eure Taten ein Ziel haben: Den Sieg des Proletariats.“

Denkschrift der Unabhängigen.

In dieser Denkschrift wird betont, daß das Leben der bulgarischen Arbeiterklasse unerträglich sei. Bei 500000 Arbeitern hat die Arbeitslosigkeit 100000 Arbeiter und Arbeiterinnen erfaßt. Die Wohnungsnot sei unbegreiflich. Der Arbeitsfundus wird in 80 Prozent der Betriebe überflüssig. Von einer geordneten Regelung der Lage der Arbeiter kann überhaupt nicht geredet werden. 70 Prozent der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Tabakbranche (einer der bedeutendsten Gewerbegebiete in Bulgarien) sind 10 bis 25 Jahre alt und arbeiten 12 bis 16 Stunden täglich. Eine ähnliche Arbeitszeit herrscht bei den Staatsarbeitern und Beamten, von denen allein im Jahre 1920 7000 Arbeiter starben. Die Lage wird ebenso durch unzureichende Beschäftigung, denen die so notwendigen Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten von den zuständigen Behörden vorengehalten werden, die von der reaktionären Regierung gebot und gepflegt werden. In Bulgarien sind 150000 Menschen unterhalb, allein 40 Prozent der Schulkinder sind von dieser Seuche ergriffen.

Von den Gelehrten, die die bulgarische Arbeiterkraft in den vergangenen Jahren durch Kampf erzwingen hat, wendet die jetzige Regierung so gut wie gar keines mehr an. Es besteht keine Regelung der Arbeitszeit, kein Schutz der Wundverletzten und der Frauen, keine Anwendung von hygienischen Gesetzen, keine Arbeiterversicherung und keine Arbeitslosenunterstützung.

Das Realisationsrecht der Arbeiterkraft existiert nicht, so auch das Streikrecht den Arbeitern entzogen wurde. Sämtliche Arbeiterorganisationen müssen sich dem Innenministerium genehmigt werden. In den letzten Jahren wurden die Gewerkschaften verfolgt

Die Kominternfrage ergab, daß einzelne Gewerkschaften noch nicht die Kollegen benannt haben, die in der Agitationskommission mitarbeiten. Der Vorsitzende der Lagerhalter, ein ehemaliger Baugewerksbundangehöriger, wurde beauftragt, in Kürze eine Sitzung einzuberufen. (An dieser Sitzung konnte nicht teilgenommen werden, da die Verhandlung der Gewerkschaften fortgesetzt werden — ein Führer in der Arbeiterbewegung muß rein durch sein.)

Zur Statutenausarbeitung wurde eine Kommission gewählt. Unter „Verhandlungen“ schloß Kollege R. Gaudrecht die Frage der Sonntagserhe der Handelsangehörigen an und ersuchte die einzelnen Gewerkschaften um ihre Hilfe bei einem Kampfe für die Erhaltung der Sonntagserhe.

Die Anfrage des Kollegen Wiesel an den Vorsitzenden, ob er heute den Beweis geben könne, daß er wirklich Mitglied der Zentralverwaltung des Deutschen Landarbeitersverbandes sei, beherrschte die Diskussion. Er konnte den Beweis nicht erbringen.

Da die Sitzung doch auf eine weite Seite haben mußte, teilte der Vorsitzende mit, daß der Leiter der Oberbergsinger Bergkapelle (als Treueföhrer) die Anfrage gestellt hätte, ob sie am 1. Mai Müll sammeln könnten.

Der sonst als schweigsam bekannte Aug. Meyer gab dem Vorsitzenden die gebührende Antwort.

Gewerkschaftsfragen! Wem es nicht um den immer härteren ersiehenden Unterhaltungsstand geht, am schlimmsten leiden die Bergarbeiter. Deshalb sammeln sich alle Gewerkschaftslogen am 1. Mai unter dem roten Banner und demonstrieren

für den Achtstundentag, für ausreichende Löhne, für den Volksentscheid, für die Auflösung des Reichstages, für die Forderung der Arbeiter- und Bauernregierung!

Das Kreisgewerkschaftskartell Munsfeld teilt offiziell mit:

Die letzte Sitzung des Disziplinarschusses hat beschloßen, den einzelnen Gewerkschaften den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen. Es wird erwartet, daß dieser Beschluß weitgehend durchgeführt wird. Das Programm am 1. Mai ist folgendes: Früh 10 Uhr: Demonstrationssammlung. Von nachmittags 3 Uhr an Kinderbesuchungen („1. Mai-Kampftag“). Die Red. Ab 7 Uhr abends Unterhaltungsabend mit künstlerischen Darbietungen usw. Sämtliche Veranstaltungen finden im „Volkshaus“ statt. Es wird erwartet, daß sich die Arbeiterkraft an diesen Veranstaltungen zahlreich beteiligt und bei jeder Gelegenheit für die Arbeiter- und Bauernregierung!

Für die Kinderbesuchungen hat jede Gewerkschaft einen geeigneten Kollegen vorzuschlagen. Es wird gebeten, diese Kollegen baldigst dem Kollegen Pinfowski zu melden. Das Mai-Komitee.

Metallarbeiter-Jugend!

Freitag abend 7 Uhr im „Volkshaus“ Referat des Kollegen Lindner, Leipzig, über das Thema:

„Ist die Maschine ein Freund oder ein Feind des Menschen?“ Die jugendlichen Metallarbeiter werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. M. W. Driscow, Referent.

Heute 7 1/2 Uhr Gewerkschaftskursus in der Produktiv-Gesellschaft!

und verboten und ihnen die Pressefreiheit genommen. Streiks wurden durch die Staatsmacht niedergeschlagen und die Befolgung dieser Betriebe verweigert. Der der roten Gewerkschaften internationalen anglophilen Arbeiter-Gewerkschaftsbund wurde aufgelöst.

Seit dem Jahre 1903 bestehen in Bulgarien auch in der Gewerkschaftsbewegung zwei organisatorisch getrennte Richtungen. Der Arbeiter-Gewerkschaftsbund (AGB), der in Verbindung mit der linken Sozialdemokratischen Partei Bulgariens (der linken Kommunistischen Partei Bulgariens) stand, hatte in 42 Verbänden 1500 Mitglieder. Der freie Gewerkschaftsbund (FGB), der in Verbindung mit der rechten Sozialdemokratischen Partei Bulgariens stand, hatte in 35 Verbänden 1396 Mitglieder.

Während der FGB bis zum Beginn des Balkankrieges noch eine gewisse Bedeutung hatte, verlor er diese Bedeutung, infolgedessen der Klassenkampf mit der Bourgeoisie zum Ausdruck kam. Der AGB war die einzige Arbeiterkampforganisation, der die Arbeiter in den Jahren des Krieges und in den nachfolgenden Gefolgschaft leisteten. Nach der Auflösung des AGB durch die Senfenerregung Jantoffs im Jahre 1925 befindet sich die sozialistische Gesellschaft Bulgariens im unauffälligen Verborgenen, der auch nicht aufgelöst wurde durch den freien Gewerkschaftsbund, der nach Amsterdamer hinneigt und der seit fünf Jahren keinen Kongreß abhielt, seine Zeitung herausgab und seine ganze Tätigkeit darauf beschränkte, arbeitsethisch mit Unternehmern und Regierung zusammen zu kommen. Der Bund der unabhängigen Gewerkschaften, der erneut einen Teil der revolutionären Arbeiter vereinigt hat und von politischen Parteien unabhängig ist, wird von der Regierung in Gemeinschaft mit den Sozialdemokraten aufs härteste verfolgt und unterdrückt.

Bei dieser Sachlage ist die Einheit der Arbeiterbewegung der Zusammenfluß aller Arbeiter, Angestellten und Beamten der einzig mögliche Ausweg für den Wiederantritt der bulgarischen Arbeiter. Seit dem August 1925 näherten sich den beiden Richtungen die Arbeiter an. Der Unabhängige Gewerkschaftsbund hat eine Plattform ausgearbeitet, nach der der neue Bund sämtliche Arbeiter- und Beamtenorganisationen erfassen soll, aber von politischen Parteien und religiösen Organisationen unabhängig, doch nicht abgehen soll vom Standpunkt des Klassenkampfes. Es wurde beschlossen, daß die Gewerkschaften zusammen, weil die sozialdemokratischen Gewerkschaften als Vorbereitung der Einigung die Bereitschaft zum Aufbruch an die Amsterdamer Internationale stellen. Der Unabhängige Gewerkschaftsbund verlangte aber, daß die Frage auf einem einflussreichen Einigungs-Kongreß besprochen und gelöst werden müßte. Am Schluß der Denkschrift wird der Wunsch geäußert, daß die Delegierten der Amsterdamer Balkankonferenz dafür eintreten werden, daß die Einheitsfront der bulgarischen Arbeiter zur Tat wird.

Die Balkankonferenz ist vorüber, die rechten Amsterdamer haben nicht die mutigen und offenen Worte Edo Zimmens, des Führers der Transportarbeiterinternationalen, beherzigt. Tausende bulgarische Arbeiter, denen der brutale weiße Terror den Willen zum Klassenkampf nicht austreiben konnte, blieben auch weiterhin hochkonzentriert zu den Zeiten der Unabhängigen Gewerkschaftsbund nur um so härter bekämpft wird. Den Kampf um die Einheit werden die bulgarischen roten Gewerkschaftler aber trotz allem nicht aufgeben, sondern bestärkt fortführen.

Bezirkskonferenz der Schuhmacher 17. und 18. April 1926

Die Bezirkskonferenz des 8. Bezirks des Zentralverbandes der Schuhmacher fand am 17. und 18. April im „Volkshaus“ in Halle statt.

Bezirksleiter Illmer (Erfurt) gab einen Überblick auf die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, in dem er zugeben mußte, daß trotz des hohen Preises der Schuhwaren die Arbeiter in Arbeitslosigkeit und Lohnfrage empfindlich gestört wurde. Deshalb hätten die freien Gewerkschaften alle Kräfte, den Unternehmern entgegenzutreten. Er sprach sich für die Industrieverbände aus, denn nur diese seien das Bollwerk gegen die Unternehmern. Doch seien diese nur langsam zu erreichen und es werde wohl noch eine Weile dauern, ehe die Industrieverbände gegründet werden könnten. Die Faktionen der SPD und KPD hätten im Verlaufe des Kongresses alles darangesetzt, um den Erwerbsebenen zu helfen. Die Wirtschaftskrisis, welche in der Schuhindustrie seit November 1925 im Vordergrund steht, müsse man besonders beachten. Illmer ist der Meinung — im Gegensatz zu den DGB-Führern in Amerika —, daß das sogenannte Banditenband der deutschen Arbeiter nicht auf die Beine helfen werde. Das Problem steigere nur die Arbeiterproduktion, also auch die Gewerkschaften, die die Arbeiter zu laien gegen die Unternehmern und das Bureau und die Mandatsprüfungskommission gewöhnt.

Die Kommissionen wurden paritätisch zusammengestellt. Kollege Jordan (Dpp) beantragt, auf die Tagesordnung ein Referat zu setzen zur Frauen- und Jugendfrage, da über 50 Prozent der Mitglieder Frauen und Jugendliche sind. Der Antrag wurde aber mit 25 gegen 24 Stimmen abgelehnt, mozu Illmers Ausführungen beizugehen. Bei der Beratung der Frauenfrage wurde festgestellt, daß von 42 Zählstellen 10 nicht vertreten waren. 32 Zählstellen hatten insgesamt 53 Vertreter entsandt, 5 Zählstellen der Opposition mit 14000 Mitgliedern waren vertreten durch 28 Delegierte, das heißt, wie den Kommissionen gerade durch die letzten Zählstellen der Arbeiter gestellt wird, 35 Vertreter des Hauptverbandes war der Kollege Simon anwesend, der in dem „gefährlichsten“ Bezirk des Verbandes anwesend, „Remedur“ hießen sollte. Auch der „berühmte“ Weiland und der Kometat Zimmmer, der für das „Volkshaus“ den „Volkshaus“, die „Erfurter“ erzieht und des Mandatsprüfung-Komitee nicht seine Handlungen beizugehen, wurden vorgelesen. Dem Bezirksleiter wurde vorgehalten, daß in Halle auch der „Klassenkampf“ erzieht und demzufolge auch dieser hätte eingeladen werden müssen. Daraus wollte man natürlich nichts hören.

In seinem Geschäftsbericht sprach Illmer noch weiter über die Wirtschaftskrisis und widerlegte eigentlich alles, was die SPD-Gewerkschaft über die Dames-Entscheidungen

in der Diskussions sprach zunächst Kollege Jordan-Erfurt (Dpp). Er betonte, daß man sich heute einhalten und darauf besinnen müsse, daß die Gewerkschaften Kampforganisationen sind. Er kennzeichnete die Arbeitergewerkschaft, die in übergroßer Mehrheit mit den Unternehmern hand in Hand marschieren, als Arbeiter-Feind. Wenn man der Fortschritt in kapitalistischen Amerika, Indiens und der Arbeiterfront nicht gegenüber. Viel wichtiger sei, daß der DGB die Verhältnisse in Rußland studiere und eine Parallele ziehe: hier Arbeitsstaat — dort Kapitalismus! In der Erwerbsebenenfrage habe der DGB vollständig versagt. Alles darüber, was die Arbeiterfront seit November 1925 in der Arbeiterfront erzieht zu laien gegen die Unternehmern. Die Kollegen sind das Opfer der Politik des DGB. Die aktiven Genossen sitzen aus Straßenplätzen, und man führt 15. März 1925. Die Gewerkschaften hätten sich damit zu befähigen, was im Interesse der Kollegen geschehen müßte. (Fortsetzung folgt.)

in dieser Abteilung hat das Chamaion in einer Palmengruppe, das jeder Eintretenden mit seinem heischendem Geruch...

Unter den vielen festlich beleuchteten und farbigen ausstrahlenden Flächen nehmen die Rosenblätter einen bevorzugten Platz ein...

Zur Reichsgelundheitswoche

Die Sonderausstellung der Allgemeinen Ortskrankenkasse im Verwaltungsgebäude R. Kraussstraße 16 ist ab Mittwoch, dem 21. April, bis Sonntag, dem 25. April, 8. täglich von 9 bis 1 Uhr...

Die Reichsgelundheitswoche und das ländliche Land

Ein Landarbeiter aus Müßberg schreibt uns: Einen neuen Trieb verjagen jetzt die kapitalistischen Gewalttäter durch ihren fauligen Maschinapparat mit der hochgelegenen 'Gesundheitswoche'...

Es gibt schon Mittel, um den Gesundheitszustand der arbeitenden Bevölkerung zu heben. Aber das kostet ihr 'eigenes' Geld, deshalb versuchen sie es auch auf dem Lande, aus wieder faulen Säubern...

Für uns Landarbeiter bleibt alles beim alten. In unsere sogenannten Wohnungen sind ein Beispiel unserer Lage. Der 'güldige Herr' kennt wohl die jamerollen Zustände, doch ändert er nichts...

Unser Kinder gehen zerissen und zerlumpt einher, weil wir nichts kaufen können. Statt Lohnaufbesserung oder besseres Deputat macht man uns...

Die Arbeiter der Reichsgelundheitswoche nicht. Anstatt für ausreichende Löhne, kürzere Arbeitszeit, gute Wohnungen, Ferien...

Die Landarbeiters, 'Paläste' rücken schon von weitem nach Land. Schmutzige und bauwürdige Gebäude. Nicht besser sind die Schulen...

Die Bedeutung des Rundfunks für die Arbeiterkulturbewegung

Dem Arbeiter-Rundfunk Deutschlands, Bezirksgruppe Halle, wird uns geschrieben:

Große Erwartungen knüpfen die werktätige Bevölkerung in dieser Zeit größten Glanz an die drahtlose Vöndigung des elektrischen Funkens...

Wenn aber der Kampf der Arbeiterklasse von Erfolg sein soll, dann müssen auch die großen Massen unserer Vöden nachegegründet werden...

Somit gibt der Rundfunk die Möglichkeit, daß ein bedeutender Kampf nicht nur Tausenden, sondern Hunderttausenden, ja Millionen mit einem Schlag seine Gewinne einbringt...

der Kinder wird gar nicht beachtet. Eine schmerzliche Behandlung dieser Landarbeiterkinder ist völlig unheimlich...

Bereinigung der Arbeiter-Stenographenverbände

1. Verbandstag des neuen Arbeiter-Stenographenverbandes in Magdeburg

Schon wiederholt haben die Arbeiter-Stenographen Versuche zur Einigung unternommen, die aber immer wieder an heillosen Umständen scheiterten. Aber nun ist es gelungen!

Überzeugt davon, daß nur in dem Zusammenfluß aller Arbeiter-Stenographenverbände die Gewähr für größere Verbreitung der Kurzschrift innerhalb der Arbeiterklasse...

Die Entschließung wurde einstimmig angenommen. Die Beratung des Satzungsentwurfes ging schnell voran, da in der Vorberatung schon eine Einigung über alle strittigen Fragen erzielt wurde...

Hallsche Tageschronik

Karl Fehle

Am Sonnabend, dem 17. April, verstarb durch Lungenerweiterung unser langjähriges Mitglied Karl Fehle, Seiner. Seit 1912 war er politisch organisiert...

Achtung, Metallarbeiter!

Montag, den 28. April, abends 7 1/2 Uhr, wichtige Mitgliederversammlung im 'Volkspark'. Tagesordnung: Stellung zum Verbandstag...

Achtung, Steinzeiger und Hilfsarbeiter!

Sonnabend, den 24. April, abends 3/5 (gleich nach Arbeitslohn) im 'Volkspark' Sektionsversammlung. Wichtige Tagesordnung. Alles muß erscheinen. Der Sektionsleiter.

Niederabend im 'Volkspark'

Der Arbeiter-Gesang- und Märschchor, unter Mitwirkung des 1. Hallschen Mandolinen-Orchesters, veranstaltet am Freitag, dem 23. April, im großen Saale des 'Volksparks' einen Niederabend...

* Wichtige Metallarbeiter-Fraktionskonferenz am Freitag, dem 28. April, im 'Volkspark', wie üblich.

* Erwerbslosenaufruf. Donnerstag, den 22. April, vormittags 10 Uhr, in der 'Reise' Sitzung des Erwerbslosenaufrufes. Alle Genossen müssen erscheinen.

* Zoologische Garten. Donnerstag, den 22. April, nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr: Konzerte des Hallschen Sinfonie-Orchesters.

Empfangsapparaten angelangen und wiederum zu Lösen geformt werden können. Die dem menschlichen Ohr verständlich sind...

Die sich ergebenden Perspektiven müssen von der Arbeiterklasse erkannt werden. Und das scheint leider noch nicht in dem Umfang der Fall zu sein, wie es notwendig ist...

Der Rundfunkbetrieb wird jetzt von den Beiträgen der Rundfunknehmer (etwa zwei Drittel) Proletariat) unterhalten. Jeder Rundfunknehmer zahlt monatlich ein Mark, im Jahre also 12 Mark...

Kameraden des KZB. und der Jungfront!

Küßet zum roten Tag am 25. April in Jöhberen!

Alle Ortsgruppen des Untergaus Saalkreis haben am Sonntag, dem 25. April, in Jöhberen geschlossen teilgenommen. Alle Ortsgruppen müssen um 10 Uhr vormittags in Jöhberen sein...

Kameraden! Der Aufmarsch in Jöhberen ist für rot notwendig. Wenn auch die Jöhberener Arbeiterklasse bei allen Wahlen ihr Votum zur roten Front auspricht, so sind noch viele Arbeiter...

In diesem Sinne, Kameraden, Parole für den 25. April: 'Jöhberen!'

Seeben

Genosse Emil Schüper gestorben! Bei der Wahlkampagne zur Reichstagswahl 1924 waren unter Genossen und Kamerad Emil Schüper in einer bescheidenen Wahlversammlung...

Rönnen

Stadtverordnetenversammlung am 15. April. Zur Tagesordnung stand als erster Punkt: Kenntnisnahme der unermüdeten Revisionskommission, und Kenntnisnahme über die Lage der Arbeiterbewegung...

Theater und Konzerte

Volksbühne. Heute, Mittwoch, 8 Uhr, spielt in der Schiller-Loge Julius Bab über das berühmte Drama der Gegenwart: 'Krieg in der Gefolgschaft'...

Volksbühne. Am 6. Sonntag zu nehmen: Direktor Herr Rosen hatte eine glänzende Rede bei der Ernennung der Stelle für den neuen Programms...

Die Gefahr der Sendemonopole erkennen, heißt, sie so schnell wie möglich abzuwehren. Die Abwehr kann aber auf Grund der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse nur durch den wirtschaftlichen Überlegenheit der Gegenseite nur durch den wirtschaftlichen Überlegenheit der Gegenseite nur durch den wirtschaftlichen Überlegenheit der Gegenseite...

Die Gefahr der Sendemonopole erkennen, heißt, sie so schnell wie möglich abzuwehren. Die Abwehr kann aber auf Grund der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse nur durch den wirtschaftlichen Überlegenheit der Gegenseite...

Alle angeführten Gründe lassen erkennen, daß sich die Arbeiterfunkbewegung nicht nur als ein Kampf um die Bekämpfung der Sendemonopole, sondern als ein Kampf um die Bekämpfung der Sendemonopole...

Gegen ultralinke Liquidatoren

Die Tagung der Pol.-Sekretäre und Redakteure

Im vergangenen Freitag und Sonnabend fand eine Konferenz der politischen Sekretäre und Redakteure aus dem Reich und der Abteilungsleiter des Zentralkomitees Berlin statt. Es galt, zu den Beschlüssen der feststen Erweiterten Exekutive und zur Lage und zu den Aufgaben der Partei Stellung zu nehmen.

Das einflussreiche Referat über die Weltlage und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale hielt der Genosse Dengel. Dann sprach der Genosse Thälmann über die innerparteiliche Lage in Verbindung mit den Beschlüssen der Erweiterten Exekutive zur deutschen Frage. Die Gruppe Korisch-Schwarz stehe bereits außerhalb der Partei. Die Gruppe Urbahns-Ruth Fischer, wie auch die Gruppe Weber habe in der Frage des Beschäftigten der Komintern zu Sowjet-Rußland und in ihrer Stellungnahme zur Lage in der KPD im Grunde genommen dieselbe parteifeindliche Plattform wie die Korisch-Gruppe.

In der Diskussion sprachen die Vertreter der einzelnen ultralinken Gruppierungen, Korisch, Urbahns und Weber mit verlängerter Redezeit zur Darlegung ihrer Stellungnahme. Alle übrigen Diskussionsredner selbstbestimmten sich mit der Stellungnahme des ZK, so wie sie von dem Genossen Thälmann vorgebracht wurde. Allgemein wurde die Forderung erhoben, daß eine Parteireinigung nicht zu tun habe mit einer Parteireinigung. Es sei daher der rücksichtslose Kampf gegen die Winterarbeit der Ultralinken gegenüber der Partei zu führen.

Die Genossen Weber und Urbahns stimmten gegen den Beschluß des Pol.-Bureaus, daß Korisch und Schwarz ihr Reichs-

tagsmandat niederzulegen haben. Das geschah, obwohl Korisch die Niederlegung seines Mandates vor der Parteireinigung ganz offen ablehnte unter Begründung, er müsse erst „mit seinen Freunden“ Rücksprache nehmen. Da Korisch selbstverständlich sein Mandat nicht von seinen Freunden (Kag), sondern von der Partei erhalten hat, antwortete die Konferenz auf diese unerhörte Prozedur mit einem einstimmigen Beschluß, Korisch von der weiteren Teilnahme an der Tagung auszuschließen.

Die vom Zentralkomitee vorgelegte Resolution zur innerparteilichen Lage wurde mit 65 gegen 2 Stimmen angenommen. Die außer den politischen Sekretären und Redakteuren anwesenden Gäste stimmten ebenfalls fast einmütig der Resolution des ZK zu.

Es sprach dann noch der Genosse Braun über die nächsten Aufgaben der Partei, wobei die auf diesem Punkt vorgelegten Richtlinien mit allen gegen die Stimmen Weber und Baumgärtner (Wala) angenommen wurden.

Zum Schluß nahm die Konferenz noch einen organisatorischen Bericht vom Genossen Schaeffer entgegen.

Wir geben heute nur diesen Teilerbericht, indem wir zunächst veröffentlichen nachfolgend die Resolution zur innerparteilichen Lage, dann die Telegramme des Präsidiums der Komintern und des Genossen Sinowjew und schließlich vergleichsweise die Erklärung der Gruppe Urbahns-Ruth Fischer. Wir werden noch fortlaufend über die Konferenz berichten, wobei wir uns eine eigene politische Würdigung der Bedeutung der Konferenz, insbesondere als die Kampfanlage gegen die ultralinke Gefahr vorbehalten.

Resolution zur innerparteilichen Lage

Angenommen mit 65 gegen 2 Stimmen

I. Die Konferenz erklärt ihre vorbehaltlose Solidarität mit sämtlichen Beschlüssen der 6. Erweiterten Exekutive zu den Fragen der KPD. In der Resolution zur deutschen Frage erklärt die Konferenz die notwendige und konsequente Forderung der Politik des Offenen Briefes, dessen charakteristische Züge die Anerkennung der breiten werktätigen Schichten für die erfolgreiche Durchführung des revolutionären Kampfes gegen die Bourgeoisie, sowie die Überwindung aller diese Arbeit führenden Elemente innerhalb der Partei ist.

Die konsequente Durchführung dieser politischen Linie auf allen Gebieten der Parteitätigkeit ist nach wie vor die Voraussetzung für eine wirkliche Normalisierung der Partei, für ihre Befreiung von zerfallenden Fraktionskämpfen und für die Herausbildung der für die Führung der bevorstehenden großen Kämpfe notwendigen Parteiführer.

Die innere Parteientwicklung seit der Tagung der Erweiterten Exekutive hat die Analyse der einzelnen Gruppierungen in der Partei vollumfänglich bestätigt. Es zeigt sich immer mehr und mehr, daß eine Anzahl von Führern der ultralinken Gruppierungen sich immer mehr und mehr von der Partei entfernen. Ihre unkommunistische, zum Teil gegenrevolutionäre Tendenz ist offen zutage. Obwohl die Gruppen Ruth Fischer-Urbahns und Korisch-Schwarz gegenwärtig noch in getrennten Fraktionen marschieren, sind Richtung und Ziel ihres Kampfes ein und dasselbe: Zerstückung und Schwächung der Kommunistischen Partei, Zerlösung ihrer revolutionären Disziplin, Untergrabung der Autorität der Führung und der Autorität der Partei in den Massen und damit letzten Endes der Uffaktionsfähigkeit der Partei.

II. Die Gruppe Urbahns-Ruth Fischer ist das schamantendie, haltlose Element in der kommunistischen Partei Deutschlands. Auch diese Charakterisierung der Erweiterten Exekutive ist durch die Parteientwicklung vollständig bestätigt worden. Die Gruppe Urbahns-Ruth Fischer legt ihre Politik, die die Partei an den Rand des Abgrunds führt, nach Ruth Fischer durch die Interpretation des Offenen Briefes bestimmt. In demselben ist die Methode der doppelten Zueignung und des Betrages, der Hinterhältigkeit und Diplomatie wieder ihre ureigensten Methoden: auf der Erweiterten Exekutive stimmten Urbahns-Ruth Fischer für die politische Resolution und die tatsächlichen Taten der Exekutive, aber gegen die Resolution zur deutschen Frage hat der Erweiterten Exekutive stimmte die Gruppe Urbahns-Ruth Fischer in feigster Prinzipienlosigkeit trotz Aufforderung zur Frage der russischen Diskussion. Nach ihrer Rückkehr nach Deutschland erklärte sie plötzlich, „die russische Diskussion sei die Kominternfrage“.

Die Konferenz erhebt entschiedenen Protest gegen diese neuen verwerflichen Beschlüsse der Gruppe Urbahns-Ruth Fischer, in der Partei Verwirrung und Unruhe zu stiften. Die Partei hat bisher und wird auch in Zukunft die Arbeiterklasse offen und kommunistisch über alle Probleme des wirtschaftlichen Aufbaus in der politischen Entwicklung in Sowjet-Rußland informieren. Das Studium der Entwicklung der UdSSR, ist nicht nur eine der ersten und wichtigsten Aufgaben, sondern das wirklich lebendige Band, das uns mit den russischen Kommunisten verbindet. Wenn die kommunistische Internationale es ablehnt, die ersten Diskussionen des 14. Parteitag der KP der Sowjetunion zu ultralinken Fraktionskämpfen auszuweichen zu lassen, so wird die Möglichkeit dieser Aufstellung gerade durch die jüngsten Verwirrungsmaßnahmen der Gruppe Urbahns-Ruth Fischer vollumfänglich gerechtfertigt.

Urbahns-Ruth Fischer proklamieren die Krise in der kommunistischen Partei Deutschlands. Sie lehnen es kategorisch ab, die schwere Krise in der KPD, zu lösen, denn diese nicht ihrer Fraktionsfähigkeit nicht. Sie haben kein Programm, keine Forderung, die als erste, selbständige Plattform angesehen werden könnte. Ihr politisches „Prinzip“ ist, jeder Forderung der Parteiführung ultralinke „Warnungen“ entgegenzusetzen, die nur den Zweck haben, die Arbeit der Partei zu hindern und zu lösen.

In der Mittelpunkt ihres innerparteilichen Kampfes stellt diese Gruppe, die zur Zeit ihrer Parteiführung jeden Anlaß einer Diskussion mit organisatorischen Mitteln unterdrückt hat, die Forderung nach einer unbegrenzten Diskussion. Dasselbe Gruppe, deren politische Führung der Partei gekennzeichnet ist durch ein ausgesprochenes System der Vergeßlichkeit der primitivsten Rechte der Parteimitgliedschaft, für die es in einem wie Parteidemokratie überhaupt nicht geht, spielt jetzt ein demagogisches Spiel mit dem Selbstbestimmungsrecht der Mitgliedschaft, hinter dem sich nichts

anderes verbirgt, als die Hoffnung auf weitere Zerfurchung und Entnerung der revolutionären Partei.

Urbahns-Ruth Fischer erklären die rechte Gefahr als die größere in der KPD. Ohne instance zu sein, auch nur eine rechte Gefahr aufzuzeigen, deren sich die jetzige Führung der KPD, nicht bewußt wäre oder gegen die sie nicht kämpfte, lehnen sie kategorisch jeden Kampf gegen ultralinke ab. Man findet in ihren Dokumenten kein Wort einer ersten Kritik der Korisch-Schwarz-Gruppe. Sie kempeln sich selbst offen vor der Partei zu Verbündeten dieser, zum Teil sehr unwesentlichen der Partei lebenden Gruppen und zu Helfenträgern dieser unholtschweigenen Elemente innerhalb der Partei.

Die Konferenz warnt die proletarischen Anhänger der Gruppe Urbahns-Ruth Fischer, diesen Weg weiterzugehen. Er führt unabwendlich und geradlinig zu den offenen Liquidatoren und Verrätern wie Korisch-Schwarz.

III. Die Gruppe Weber übersteigert einerseits im besonderen Maße die Verwirrung, in die ein Teil der Arbeiterklasse durch die komplizierten Formen des Kampfes in der Periode der relativen Stabilisierung geraten ist, andererseits aber ist sie ein typisches Beispiel für die ideologische Verwirrung, die unter der Ruth Fischer-Maschführung in Teilen der Partei existiert. Diese Gruppe glaubt sich in einer „grundrührigen Opposition“ gegen den angeblichen Opportunismus der Komintern zu befinden und gewährt nicht, daß sie sich in einer grundrührigen Opposition zum Kommunismus befindet.

An alle Fragen der Parteitätigkeit — sowohl die Erwerbslosenfrage als die verschiedenen Formen der Anwendung der Einheitsfronttaktik — geht die Weber-Gruppe mit sektiererischer Engstirnigkeit heran.

Sie hat bisher, trotz persönlicher Trennung von Korisch, in keiner Form offen mit der antiholtschweigenen Agitation der Korisch, Ruth, Schwarz gedroht. Ihre Schwärmereien zwischen Urbahns und Korisch sind des beste Weg, in offene Gegenseitigkeit zur Partei zu kommen.

IV. Die Gruppe Korisch-Schwarz hat sich durch ihre offen gegenrevolutionäre Agitationen und Fraktionskämpfe seitlich außerhalb der Massen der Kommunisten gestellt. Sie arbeitet in völliger ideologischer und organisatorischer Solidarität mit dem Bourgeoisien Reich (Gemeinsame Konferenz am Karfreitag). Diese Gruppe wiederholt so ziemlich alle Antipathien, antiholtschweigenen und menschenwürdigen Äußerungen über die Komintern und die UdSSR. Ihre sogenannte Theorie über die Sowjetunion ist nichts anderes als eine vulgäre Begründung der alten menschenwürdigen Theorien Kautskys, Barmantshilf usw.

Die Entschickung und Tätigkeit dieser Gruppe ist objektiv aus der alten Erfahrung der revolutionären Bewegung zu erklären:

1. In der Zeit von Schwierigkeiten der revolutionären Entwicklung, der Entstehung neuer komplizierter Fragen des Klassenkampfes wird es fast immer Gruppen von ursprünglich kleinbürgerlichen Elementen geben, die die revolutionäre Partei verlassen und dezertieren werden.
2. Die jüngst folger heimbürgerlicher Elemente aus dem Lager der Arbeiterklasse trifft meist zusammen mit Vorwärtigen der Bourgeoisie und ihrer Agenten gegen die entscheidenden Positionen der Revolution. So ist es unabweislich, daß diese heimbürgerlichen Gruppen, denen es auch gelingen kann, einige Arbeiter hinter sich heranzuführen, als Fraktionskämpfer im Angriff der herrschenden Konterrevolution gegen die Arbeiterklasse marschieren. Dies ist auch die Rolle der Gruppe Ruth-Korisch-Schwarz; sie liefert die kleinbürgerliche Begleitmusik zu der Lokomo-Bestampagne des englischen Imperialismus, der 2. Internationale und der Konterrevolution aller Schattierungen gegen die Sowjetunion und die Komintern.

Die Konferenz billigt alle politischen und organisatorischen Maßnahmen des Zentralkomitees, um jeden Versuch dieser antiholtschweigenen Gruppe auf die Partei zu verhindern.

V. Alle diese ultralinken Gruppierungen, die in ihrer Unfähigkeit gegen die Partei organisatorisch ineinandergefallen, haben faktisch eine ideologische und politische Linie. Die Partei darf sich von dem „getrennten Marschieren“ dieser Gruppen nicht

beirren lassen: Der Antiholtschweigenismus von Korisch-Schwarz ist nichts anderes, als die ideologische Folge und die Konsequenz der Politik von Urbahns-Fischer. Sowohl in ihrer Einstellung zu Sowjet-Rußland als in ihrer tatsächlichen Stellung zur Einheitsfronttaktik und zur Massenarbeit überhaupt, als in der rücksichtslosen fraktionsnenen Misshandlung der revolutionären Parteimitgliedschaft befinden sich alle ultralinken Gruppierungen auf einer politischen Linie. Die Konferenz fordert nochmals alle Arbeiter, die sich von diesen ultralinken „Führern“ noch immer irreführen lassen, auf, ernst und eingehend, deren Ansichten über die grundrührigen Fragen des Kommunismus zu prüfen, wobei sie die Überzeugung hat, daß eine solche Prüfung alle revolutionären Arbeiter zu dem Ergebnis kommen lassen muß, daß diese Leute mit dem Kommunismus gar nichts mehr zu tun haben, und durch ihre ultralinken Theorien nur ihre Defektion aus dem Lager der Arbeiterklasse bemanteln.

Es ist Pflicht sämtlicher Parteiorganisationen, den opportunistischen Arbeiterelementen entgegenzukommen zu helfen, den wahren Kern der Theorien von Korisch und Kautskys zu erkennen.

VI. Auch in der jetzigen Situation sind in Deutschland objektiv Gefahren opportunistischer Abweichungen zweifellos vorhanden. Die Partei wird gegen eventuelle Versuche, den Kampf gegen opportunistische Abweichungen in der jetzigen Periode als nebenrührig hinzustellen, mit Entschiedenheit auftreten.

Die Konferenz stellt fest, daß die jetzige Parteiführung einen energischen und prinzipiellen Kampf gegen jede sich zeigende rechte und opportunistische Abweichung führt. Im Bewußtsein der Tatsache, daß die Notwendigkeit dieses Kampfes von den Massen der Partei begriffen wird, unterwirft die Konferenz nochmals die Erklärung der Erweiterten Exekutive:

... daß nur eine völlige Beseitigung der neuen Lage und die Übernahme der Partei zu der Auffassung führen kann, als bedeute der jetzige Kurs der KPD, eine Rückkehr zur alten Parteilage vor dem Oktober 1923.

Die Konferenz solidarisiert sich mit der Erklärung der Delegation auf der 6. Erweiterten Exekutive, gegenüber den Ausführungen der Genossen Kura Jettin über den Gesamtplan der Fragen des Oktober 1923 und ihrer Kritik des 5. Weltkongresses.

Die Gruppe Ernst Meyer muß nimmer im Sinne der Resolution der Exekutive zur deutschen Frage ihrer Vorbehalte liquidieren, sich unabweislich in die Linie der Partei einfügen und einen entschiedenen Kampf gegen alle diejenigen führen, die noch heute diese Politik zu durchstreuen versuchen.

VII. Die Konferenz stellt fest, daß die Partei (sowohl innerparteilich als auch in der Massenarbeit trotz der ultralinken Wählerarbeit) erhebliche Erfolge erzielt hat. Die Aktivität der Mitgliedschaft ist auf allen Gebieten der Parteiarbeit gestiegen, ebenso wie das ideologische Niveau der Parteimitgliedschaft. Die Konferenz bestätigt das Zentralkomitee auf, die jetzige politische Linie, die durch die 6. Erweiterte Exekutive bestätigt und bereichert wurde, fortzusetzen.

In die Parteimitgliedschaft richtet die Konferenz den Appell, durch unermüdbare ideologische und organisatorische Arbeit die Partei in den breitesten Massen des werktätigen Volkes zu verankern zur Vorbereitung der unvermeidlichen bevorstehenden schweren Kämpfe der Arbeiterklasse.

Das Präsidium der Komintern an die KPD.

Nach Kenntnisnahme des Berichts der deutschen Delegation beim 6. K. K. über die innerparteiliche Lage der KPD, hat es das Präsidium des 6. K. K. folgendes zu bemerken:

1. Alle Arbeiteranhänger der Gruppe Korisch-Schwarz anzufordern, unabweislich von dem letzten antikomunistischen Fraktionsentscheidungen dieser Gruppe abzurufen. In diesen Abzurufen wird die Politik der Exekutive und des deutschen ZK, als gegenrevolutionär verurteilt; es wird besprochen, in Hinblick herrsche die Diktatur des Kautskys gegen das Proletariat. Solche schändlichen Verleumdungen kann kein einziger Arbeiter unrichtig, der nicht den Feinden der proletarischen Revolution helfen will.
2. Die Anhänger der „Mittelgruppe“ Fischer-Urbahns anzufordern, sich sofort und klar zu entscheiden zwischen dem ZK und der antikomunistischen Gruppe Korisch-Schwarz, das ZK gegen die Feinde der K. K. bedingungslos zu unterstützen.
3. Das Auftreten des Genossen Maslow in der Berliner Zeitungsleitung und den Resolutionen des Genossen Urbahns gegen die Beschlüsse der 6. Erweiterten Exekutive als einen Schritt auf der Linie des Kampfes gegen die Komintern zu betrachten und die genannten Genossen eindringlich vor der Fortsetzung dieser Politik zu warnen.
4. Formell und kategorisch jeden Versuch einer Gegenüberstellung der Resolution der 6. Erweiterten Exekutive über die deutsche Frage und der übrigen Beschlüsse der Erweiterten Exekutive, insbesondere der politischen Thesen zurückzuweisen und als demagogisches Manöver zu verurteilen.
5. Aufzuheben jeden Versuch der Ultralinken zu verurteilen, die Beschlüsse und Beschlüsse des 14. Parteitag der KP, d. S. U. zu Fraktionsmedien auszunutzen. Die Erweiterte Exekutive hat einstimmig beschlossen, keinerlei Parteidiskussion über die Fragen der KP, d. S. U. in der Komintern und ihren Sektionen zu eröffnen. Dieser Beschluß ist für die gesamte Komintern, auch für die deutschen Genossen, verbindlich. Präsidium der Komintern.

Telegramm des Genossen Sinowjew

Ich stelle fest, daß ich weder dem Genossen Urbahns noch irgendeinem anderen opportunistischen Genossen irgendwelche Rücksicht geben habe, die Fragen der russischen Diskussion auszunutzen und irgendwelche Behauptungen in meinem Auftrag oder mit meiner Erlaubnis zu machen. Ich sehe auf dem Standpunkte des Beschlusses der Erweiterten Exekutive, daß eine „politische“ Diskussion in den Sektionen der Komintern nicht erlaubt werden soll. Dieser Beschluß ist bindend für die ganze K. K., also auch für alle deutschen Genossen. Meine Aufstellungen zur allgemeinen und deutschen Lage sind in meinen Reden und den Beschlüssen der Erweiterten Exekutive wiedergegeben. G. Sinowjew.



Erklärung der Gruppe Urbahns-Ruth Fischer

Zur Lage und den Aufgaben der Partei

Die nachfolgende Erklärung, die den Genossen Urbahns, Ruth Fischer, Maslowski und Gramow (Sagew) an der VI. erweiterten Gesamtsitzung abgegeben wurde, wurde auf der Konferenz der Sekretäre und Redaktionen des Genossen Urbahns vertreten. Bei der Abstimmung erhielt die Resolution zwei Stimmen, wogegen von Genossen Urbahns eine Stimme nach der Genosse Schimanoff für die Erklärung.

- Die Unterzeichneten stehen vorbehaltlos auf dem Boden des Referats und der Thesen des Genossen Sagew, wie die Mehrheit der Erweiterten Gesamtsitzung.
- Zur Durchführung der gestellten Aufgaben ist die Lösung der gegenwärtigen Krise der KPD Voraussetzung. Alle objektiven Bedingungen für die Weiterentwicklung und Durchführung einer Politik der Einheitsfront, die sich von den rechten und ultralinken Feinden der Vergangenheit freimacht, sind gegeben. Wir stehen in Deutschland vor einer Periode neuer harter Kämpfe. Die Ausrichtung des Tagesplanes, die sich ausdrückt in der Wirtschaft, der wachsenden Massenarbeitslosigkeit, Kürzungen der Gehälter, der wachsenden Not, die Unzufriedenheit in den Reihen der Mittelschichten und nicht zuletzt in den Reihen der ländlichen Bevölkerung, das Erwachen der sozialdemokratischen Arbeiterklasse zum Bewußtsein ihrer Lage, zum Bewußtsein der Unmöglichkeit der jetzt auf Seiten der sozialdemokratischen Führer betriebenen Koalitionspolitik, — die Welle der Sympathie für Sowjet-Rußland —, die breite antimonarchistische Bewegung.
- Die Ausnutzung dieser objektiv günstigen Lage erfordert von der Partei eine sehr bewußte Taktik, die jede Schwäche und jeden Spalt im Lager der Gegner auszunutzen vermag. In den Mittelpunkt der täglichen Arbeit der Partei müssen die „Kraftfragen“ gestellt werden, die gleichzeitig die Lösung der Lebensbedingungen mit dem Endziel unserer Bewegung, mit dem Aufgeben, daß nur die proletarische Revolution die deutsche Krise lösen kann.
- Die Durchführung dieser Taktik stößt auf eine Reihe von Problemen, die zum Teil in dieser Form zum erstenmal gestellt werden:
 - Die Ausnutzung der linken Stimmungen der sozialdemokratischen Arbeiterklasse gegen ihre opportunistische Führung und Wiederholung der Fehler von 1923, d. h. ohne einen tatsächlichen Bruch mit der linken SPD.
 - Die Verbindung mit den parlamentarischen Minoritäten, mit der Massenarbeit, wobei das Schweregewicht immer in der Arbeit unter den Massen liegen muß, wobei wir aber gleichzeitig verstehen müssen, solche Lager wie in Preußen, Sachsen, in der Berliner Gemeinde so auszunutzen, daß wir den breiten Arbeitermassen praktisch die Notwendigkeit des Bruches mit der Koalitionspolitik des Parteivorstandes der SPD, demonstrieren.
 - Die Anwendung der Einheitsfronttaktik zur Gewinnung der Zentrumsarbeiter und der Mittelschichten.
 - Die Organisierung eines breiten linken Gewerkschaftsligels unter der Führung eines wirklichen Einheitskampfes für das anglo-amerikanische Komitee und die Ausrichtung einer Kampagne für Sympathie für Sowjet-Rußland für unsere Gewerkschaftsarbeit.
- Aus diesen tatsächlichen Aufgaben ergeben sich im Augenblick folgende unmittelbare Aufgaben der KPD:
 - Entwicklung und Ausarbeitung der Führerenteignungskampagne, die zu einer allgemeinen Massenbewegung gegen die Monarchisten überleitet, insbesondere den monarchistischen Verwaltungsapparat und gegen die Verträge der Bourgeoisie, durch Verwaltungsänderungen die Rechte des Proletariats noch weiter einzuzengen. Massenbewegung gegen die Arbeitslosigkeit, gegen die Betriebsstilllegungen und gegen den Lohnraub, Unterstützung und Förderung der Initiative der Erwerbslosen, härtere Verbindung des Kampfes der Erwerbslosen mit der Führerenteignungskampagne.
 - Schon jetzt, während der Führerenteignungskampagne, müssen die allgemeinen Wirtschaftsklagen, die die Arbeiter interessieren, SPD-Arbeiter, der Kampf gegen die Koalitionspolitik und Ausnutzung der Gegensätze zwischen den Arbeitern und Führern in der Partei gegen die Betriebsstilllegungen, Kampf gegen die Steuern und Zölle, härter in den Vordergrund gehoben werden.
 - Schnappkur der organisatorischen Arbeit: Die Gewinnung der SPD, sowie der Gegensätze in den reformistischen Führergruppen, Konzentration auf die Gewerkschaftsarbeit.
 - Die richtige Durchführung dieser Taktik erfordert einen klaren und entscheidenden Kampf gegen die rechten und ultralinken Abweichungen in der Partei. Die rechten opportunistischen Abweichungen hängen auf die Dauer für die ganze Periode die größere

* Der Berliner Genosse P. u. Maslowski ist nicht identisch mit unserem Genossen Peter Maslowski.

Gefahr, aber diese rechten Abweichungen können nur dann überwinden werden, wenn gleichzeitig ein entschiedener Kampf gegen die ultralinken Abweichungen geführt wird, die in manchen Fällen zur direkten Unterfütterung der rechten Strömungen werden können. Die rechten Strömungen in der KPD, mag aus einer bewußten Taktik resultieren, verzerren die Einheitsfronttaktik zu einem Bloß mit der SPD. Entstellen die Notwendigkeit der Gewinnung der SPD-Arbeiter zu einer Auffassung der SPD, als der „anderen proletarischen Bruderpartei“ und machen schließlich eine parlamentarische Kombination mit der SPD. Die Konsequenz einer solchen Auffassung muß zu einer Revision des Leninismus führen und praktisch zu einer liquidatorischen Strömung werden. Die Wurzeln für die Hardnäckigkeit der rechten Auffassung liegen:

- a) in der objektiv schwierigen Lage, in dem verlangsamten Tempo der Revolution, in der relativen Stabilisierung des Kapitalismus;
- b) in der Ausnutzung der jetzigen Lage durch alle rechten Elemente in der Kommintern, die für einen offenen Revisionismus werden droht, der sich praktisch im Augenblick in dem Falle nach der Revision des 5. Weltkongresses ausdrückt (Rebe der Genossen Clara Zetkin auf dem Plenum der Erweiterten Gesamtsitzung vom März 1926: Plattform der französischen Rechte unter der Führung von Comollet, der norwegischen Rechte usw.). Ohne einen klaren und energiegelanten Kampf gegen die rechte Gefahr, die in den Zeiten der relativen Stabilisierung der Weltwirtschaft, der relativen relativen Stabilisierung der Taktik der Kommunistischen Internationale unmöglich, ohne einen solchen klaren und energiegelanten Kampf ist in der jetzigen Periode der revolutionäre Charakter unserer Partei gefährdet.
5. Die ultralinken Abweichungen in der KPD, haben ihre Wurzeln in dem Unverständnis der Massenarbeit, der Unfähigkeit der Partei zur Bildung einer bolschewistischen Massenpartei, die sich gleichen in den Gump. Die Ultralinken in der KPD, glauben, den Opportunismus durch die Ablehnung einer an der sich richtigen Taktik bekämpfen zu können, weil diese tatsächlichen Methoden von den Rechten verneinert und anstatt werden können. Die Schwierigkeiten in der jetzigen Lage haben viele ultralinken Strömungen zum Teil geführt und in der Arme der offenen Liquidatoren, wie Kras, getrieben. Im Augenblick ist der entscheidende und energiegelante Kampf mit der Gruppe Kras die Voraussetzung für die Weiterführung der Arbeit. Zwei Teile sind diejenigen Arbeiter, die aus der Partei herausgegangen sind, wobei die Besetzung der Partei durch ultralinker Arbeiter für eine richtige Linie ist nur möglich, wenn sie einen energiegelanten Kampf des Zentralkomitees gegen die reaktionär organisierten Rechten sehen, die in seiner Frage ihre Auffassung über die Folgen der Unterfütterung der Frage des Oktober 1923 nur einzelne Fehler zugeben und den Offenen Brief an die Partei nicht als eine Korrektur der gemachten Fehler 1924/25 aufgefaßt haben, sondern vielmehr als eine Rückkehr zur Politik der Jahre 1922/23 selbst.
6. Das gegenwärtige Zentralkomitee der KPD, das vom Offenen Brief des ERKZ, geschaffen worden ist, hat diesen Offenen Brief bis heute nicht erfüllt, die Folgen der Unterfütterung durch die Fehler 1922/23 wurde der Offene Brief der Ausweg einer rein persönlichen Sache. Der innerparteiliche Zustand hat sich seit dem ERKZ-Brief ständig verschlechtert. Trotz einer objektiv sehr günstigen Lage, die der Partei große äußere Erfolge in der Bolschewisierungskampagne gebracht hat, trotz der Unterstützung durch die KPD, und durch die Partei hat es das Zentralkomitee bisher nicht verstanden, das Parteileben wirklich zu normalisieren und die innerparteiliche Krise zu lösen. Der Fall konnte nur deshalb einen relativ so breiten Umfang annehmen, weil das Zentralkomitee statt dessen, die Rechten der gesamten Partei für die gesamten Partei offenlassen, anstatt die Widerantwortung für die gesamten Partei offen auf sich zu nehmen, die Fragen verzerrt und ablenkt auf eine Reihe persönlicher Fehler (Schölen, Weber, Maslow, Ruth Fischer usw.). Diese Methode führt zu einer vollständigen Minimierung der Partei, zur Ineffizienz der Erweiterung, Zerschlagung. Erzielt einen Teil der linken Arbeiter in der Partei, die gegen die Kampagne mit aller Entschiedenheit geführt werden muß, einen anderen Teil an die Parteierkennung und beschwört unmittelbar die Gefahr der Wiederholung einer Politik heraus, die zum Zusammenbruch vom Oktober 1923 geführt hat.
7. Der Offene Brief des ERKZ, vom September 1925 war richtig. Sein Sinn war die Warnung an die Linken, sich von den ultralinken Kränkheiten der Vergangenheit zu reinigen, das Gewicht an der Vergangenheit selbsthaften und zum wirklichen Kern der Partei zu werden. Die Fragen, die der Offene Brief aufgerollt hat und die bis heute in der Partei ungelöst sind, sind folgende:
 - a) Die Durchführung einer wirklichen Einheitsfronttaktik ist nur möglich bei Überwindung der linken Bräunen und bei schonungsloser Selbstkritik der Vergangenheit der Linken.
 - b) Die linke Richtung zum Bolschewismus, war aber noch keine bolschewistische Gruppe, wie es bisher in der KPD, keine wirkliche bolschewistische Gruppe gab.

c) In der Linken war richtig: der Kampf gegen die Opportunisten und Revisionisten Ernst Meyer, Brandler, Zeigler

d) Der Kampf um die Rolle der Partei, der Kampf gegen die Revision der leninistischen Staatstheorie durch Brandler, der Kampf gegen den Oktober-Zusammenbruch, — seine Ursachen und Folgen. In allen grundsätzlichen Fragen hatte die Linke gegen den Revisionismus in der KPD, recht.

8. Klärung der allgemeinen Linie der Linken war: Klärung gegenüber antibolschewistischen-leninistischen Strömungen, die sich insbesondere ausdrückten in den großen Strömungen in der Frage der Einheitsfronttaktik und in der Gewerkschaftsfrage auf dem Frankfurter Parteitag. In der nicht rechtzeitigen Trennung der beiden Strömungen der Linken, wodurch eine ungelungene Basis für die Führung der Partei entstand. In dem Abstrahieren von der Gegenläufigkeit der gesamten Mittelschicht der Partei (Frankfurter Parteitag, 5. Weltkongress, Januar-Zentralsitzung, Gewerkschafts-Tagung) durch diese Fehler und durch die zu späte Trennung auf dem Mai-Jahr des Jahres 1925 beging die Linke zwei weitere Fehler:

- a) bei der Korrektur des Führungs-Zentrums gab es rechte Entgleisungen und Fehler in Bezug auf die Ausrichtung der Einheitsfronttaktik den Zentrumsarbeitern gegenüber.
- b) In dem Verlauf, den der Kampf gegen die Rechten nicht abschließen, wurde der Kampf gegen die Ultralinken mit schädlichen, durchgeführten Maßnahmen geführt, wodurch ein Teil linker Arbeiter von der Führung abgezogen wurde.

9. Die Ursachen der gegenwärtigen Parteikrise liegen selbstverständlich in dem Weiterleben der Schwierigkeiten der objektiven Lage, der Tatsache der reinen Zulassung der Klassenregierung in Deutschland bei gleichzeitigem Weiterleben der relativen Stabilisierung in Deutschland. Die Ursachen der Krise liegen ebenso begründet in dem inneren Zustand der Partei, die aus der Vergangenheit eine große Unsicherheit gegenüber rechte und ultralinken Abweichungen behalt hat. Die Krise wird aber verhängnisvoll durch die Linie des Zentralkomitees, die, anstatt den Offenen Brief durchzuführen, den Zentralsitzungsprozess der Linken vollendet und so die Führung an die rechte Gruppe anließ. In vieler Hinsicht wurde nichts geändert durch das Spiel mit dem Genossen Rosenberg, der mit seiner USPD-Führung gewissermaßen ist und daraus die Konsequenz zieht, möglichst rasch zur SPD zu kommen. Anstatt die ultralinken Arbeiter von den ultralinken Führern zu trennen, was man sich angeheißt zum Ziel gesetzt hatte, hat man umgekehrt die ultralinken Führer gewonnen und die ultralinken Arbeiter weiter abgezogen. Ohne Zweifel ist ein solcher Kurs geeignet, das Mißtrauen der Mitglieder an der Führung zu erhöhen, das Mißtrauen bei den parteilosen Massen abzubauen.

10. Die innere Gesundung der Partei ist nur möglich durch die Reinigung der innerparteilichen Atmosphäre, von angeblich persönlichen Fällen, die Beteiligung der Folgen der letzten Diskussion und durch die wirkliche Klärung der politischen Fragen. Das ist die Voraussetzung für die Herausbildung eines marxistisch-leninistischen Zentrums, für das Herabwinden aller Kränkheiten und für die Beseitigung der Ursachen der Krise. Die Reinigung der Partei von dem Vertrauen der Mitgliedschaft getragen ist und die im Hinblick auf die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter, den Kurs auf die Gewerkschaftsarbeit zu steuern, ohne in das Führeramt des Brandlerismus zu geraten, ohne den revolutionären Charakter der Partei zu gefährden.

Die notwendige Klärung kann aber nur erreicht werden durch eine breite Diskussion, an deren Wort und Schrift alle Parteimitglieder teilnehmen können, unter Verzicht auf alle organisatorischen Konzentrationen, die den Mitgliedern auf einem Parteitag, dem Parteitag, der eine feste, dem Vertrauen der Mitgliedschaft getragene Führung schafft, die den Willen hat, die Partei als eine bolschewistische Partei umzugestalten und alle rechten und ultralinken Abweichungen ideologisch zu bekämpfen, dabei aber den Parteitag als Mittel zur Mitarbeit herauszugeben und in der Praxis von ihnen, Führern zu lassen verhängnisvoll.

11. Zwei Perspektiven stehen vor der Partei und ihrer gegenwärtigen Führung. Entweder wird dieser Weg bestritten und durch eine klare Politik, durch die Reinigung der innerparteilichen Atmosphäre, durch die wirkliche Stellung der Probleme, die der Offene Brief aufgeworfen hat, gemittelt die neue Führung des Zentralkomitees, ermöglicht die Verwirklichung des Zentrums mit der Linken zu einem festen bolschewistischen Kern und dadurch das allmähliche Verwinden der rechten und ultralinken Gruppe, wobei die Hauptkraft auf die Gewinnung der ultralinken Arbeiter gelegt werden muß. Doch aber die gegenwärtige Führung legt weiterhin die Anwendung mechanischer Organisationsmaßnahmen, die sich in der Partei in einem Kampf gegen alle Linken auswirken müssen und gerät dabei in Abhängigkeit der Rechte ihrer Ideologie, ihrer Fraktion, ihrer Politik.

Im zweiten Falle wird die Krise der Partei unweidlich weitergeführt, die linken Arbeiter werden gewonnen sein, einer solchen Politik den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen und den Kampf gegen die Rechten und die von ihnen abhängigen Gruppen aufzunehmen.

963: Urbahns; Maslowski-Berlin; Gramow; Ruth Fischer.



Hilfszeitung „Der kleine Co“ oder Sachzeitung „Tops“ gratis!

Preis 1/2 Pfd. nur 50 S

MARGARINE

Rahm

buttergleich

Das Geheimnis der Verbreitung, Das Euch nicht Plakat und Zeitung, Das sie selbst Euch nur verrät: —

„Qualität!“

Hausfrauen, kauft nur bei unseren Inserenten!

Arbeiter-Frauen- und Mädchenchor Halle

Mitglied d. N. S. S. Dirigent: H. Sandig

Freitag, den 23. April 1928, im großen Saale des „Vollspart“.

Lieder-Abend

unter Mitwirkung des 1. Hallischen Mandolinorchesters, Leitung Kapellmeister: Leo Schönbach

Eintrittspreis: 50 Pf. an der Abendkasse, 25 Pf. an der Abendkasse, wenn Hinweis 50 Pf.

Werren-Anzüge

werden taubellos chem. gereinigt und wieder aufgebügelt

Kürzeste Lieferzeit Billige Preise

Vereinigte Färbereien und Wäschereien

Mauersberger, Galgenberg, Union, Giesert, G. m. b. H., Halle a. d. Saale

Läden in allen Stadtteilen

Telefon: 2923 und 6595

Merseburg, Markt 15

Stadt-Theater

Mittwoch 7 1/2 Uhr

Sohnglein

Donnerstag 8 Uhr

„Maretta“

Die Inhaber von „Sohnglein“ sind Freitag + Samstag, Sonntag + Montag, die letzte De, heute eingetrag.

Walhalla

8 Uhr, Tel. 8885

Das Mädchen ohne Ehre

Großes Volksfest

Donnerstag, 22.4. abends 8 Uhr

Modernes Theater

Das gute Programm

mit 1908 Serenitäts-Zwischenpiel

Donnerstag, 22.4. abends 8 Uhr

Leber-Auschnitt

zu hat. bill. Preisen

Freund

Rud.-Hayn-Str. 10

Morgen

Schlachtefest

Bätz, Weißentels

Georgenberg 31

Möbliertes Zimmer

zum 1. Mal zu vermieten

3-6 Uhr 1442

St. Brunnenl. 2a. 1

Modezeitungen

Kommen durch unsere Buchhandlungen bezogen werden

Groß-Jubiläum u. Künstler-Fest

am 22. Lebensjahr

in 22. Lebensjahr

Halle, Schloßstr. 8

In dieser Trauer-Familie wird der 22. Geburtstag des Zentrums-Einigungs-Kameraden nachmittags 1 1/2 Uhr Gebrauchsbesuch

Nachruf

Nach fast 1 1/2 Jahr langen, schwerem Kranklager starb am Montag, den 19. d. M., an den Folgen der schweren Kerkelungen, die ihm durch unglückliche Wundheilungen, unter anderem

Emil Schuster

im Alter von 27 Jahren

Er war stets ein rührender Kamerad ein kollektivistischer Kämpfer sein Einleben werden wir immer in Ehren halten

Dirig. Seiden des Roten Frontkämpfer-Bundes

Danksgiving

Für die überaus zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme beim Beigang meines lieben Entschlafenen preiden wir auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank aus

Im Namen der Hinterbliebenen

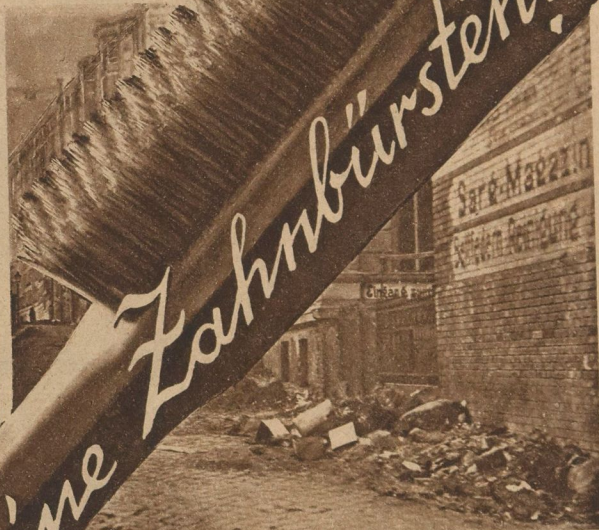
Anna John

DER ROTE STERN

(170) ILLUSTRIERTE ARBEITER



UNTERERNÄHRT



ELENDSVIERTEL



KELLERLOCH



ARBEITSLOS

Zahnbürsten und gute Ratschläge sind die „Waffen“ der Reichsgesundheitswoche
Das Proletariat kämpft um seine Gesundheit mit den Waffen des Klassenkampfes

Hier helfen keine Zahnbürsten!



Die Gesundung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein!

Dieser Ausspruch des alten Bolschewiks und heutigen Volkskommissars für Gesundheitswesen, Gen. Dr. N. Semaschko, müssen wir uns vor Augen halten, wenn wir die sogenannte Reichs- »Gesundheits-Woche« betrachten, die vom 18.-25. April d. Js. in Stadt und Land sich abrollen soll. Es ist bezeichnend für die »Kultur« und die Klassenkräfte im heutigen Deutschland, daß nicht einmal ein Reklamemanöver, wie diese Art von „Gesundheits“woche sie darstellt, von der Regierung und Bourgeoisie erdacht und geplant worden ist, daß vielmehr die Anregung dazu von der Bürokratie der Krankenkassen ausging, also von einer — ihrem Ursprung nach — proletarischen Selbsthilfeorganisation. Freilich der Haupt- und Leitgedanke dieser RGW.: jeder sei zur Gesundheit »verpflichtet«, jeder sei — gewissermaßen — „Herr“ seiner Gesundheit, wurde von den sozialquacksalbernden Gruppen der Bourgeoisie und der Medizinalbürokratie begierig aufgegriffen, ermöglicht er ihr doch, die Verantwortung für die Kulturschande der Wohnungsnot, die Dauerverfälschung der Nahrungsmittel (Margarine u. dgl. Ersatzmittel), die Alkoholisierung der Massen, die mörderischen Wirkungen der Erwerbslosigkeit auf die »Ernährer« und ihre Familien, die Geschlechtskrankheitsseuche usw. von sich abzuwälzen und den Einzelnen, den Unbemittelten und Hilflosen, aufzufordern, »gesundheitlich« in sich zu gehen, sich zu bessern, sich zu belehren. Angesichts der unbeschreiblichen Not der Massen hat die »sozialfühlende« Bourgeoisie und ihre willfährige Dienerin, die offizielle Gesundheitsbürokratie, nichts Besseres zu tun, als den Massen (und sich?) einzureden, es läge alles nur an der mangelnden »Aufklärung« der Massen, wer »aufgeklärt« genug sei, der werde sich schon selber helfen können, habe schon die Mittel dazu. Daher arbeitet denn auch der Plan der offiziellen RGW. vorwiegend mit billigen und »guten« Rat schlägen oder ollen Kamellen wie »Zähne putzen«, Licht, Luft und Wasser, Leibesübungen und derartigen Nebenbedingungen, vermeidet

es dagegen wohlweislich auf Ernährung, Wohnung, Arbeitsbedingungen, Löhne, Steuern, Zölle, kurz auf »die Wirtschaft«, von der im heutigen Kapitalstaate die menschliche Gesundheit wesentlich abhängt, auch nur mit einem Wort einzugehen. Und dennoch — selbst dieses mehr als »bescheidene« Reichsgesundheitswöchlein ist dem klassenbewußten Großbürgertum, der organisierten Unternehmerschaft schon ein Dorn, so findet in der »Deutschen Arbeitgeberzeitung« (Nr. 8 vom 21. II. d. J.) ein faschistischer Arzt (!) Dr. med. K. Finkenrath, daß die RGW. nicht nur überflüssig, sondern sogar durchaus schädlich sei, weil sie dem Arbeiter immer wieder die gesundheitlichen Mängel des heutigen Lebens vor Augen führe, ihn unzufrieden mache u. dgl. — Um so mehr ist es klar, daß es Aufgabe der klassenbewußten Arbeiterschaft und der Partei ist, auch diesen »offiziellen« Anlaß der RGW. zu nutzen, um den werktätigen Massen in Stadt und Dorf nicht nur ihre elende Gesundheitslage aufzuzeigen, sondern auch den Ausweg. »Die Voraussetzung für eine durchgreifende Änderung des Gesundheits- und Heilwesens im Sinne der Arbeiterklasse bleibt nach wie vor die Macht ergreifung durch das schaffende Volk, die Revolution, die Aufrichtung einer Arbeiter- und Bauernrepublik: ist doch erst hierdurch die Möglichkeit gegeben, das Arzte-, Kassen-, Krankenhaus-, Kurorte-, Bäder-, Apotheken- usw. Wesen, die Vorbeugung gegen Betriebs-Unfälle und Berufs-Krankheiten, die soziale und gesundheitliche Fürsorge für die Ungeborenen, für Mutter und Säugling, für das Kleinkind bis zum arbeitsmüden Greis den Bedürfnissen der arbeitenden Gesellschaft anzugleichen, anstatt daß — wie heute — Luxusmedizin für die Schmarotzerschichten auf Kosten der Werktätigen betrieben wird. Aber bis dahin heißt es rastlos, Schritt für Schritt — neben der Propaganda der Endziele der proletarischen Gesundheitspolitik! — die täglichen mehr oder weniger erreichbaren kleinen Tagesforderungen durchzusetzen, und das Interesse der Arbeiterschaft für die so zukunfts wichtigen Gesundheitsfragen dauernd wachzuhalten. —



Viel Bewegung in frischer Luft — sagt die Reichsgesundheitswoche. Auf die Straße gesetzte Proletarierfamilie, wie sie zu Hunderten in den Großstädten umherirren



Luftige gesunde Schlafräume — sagt die Reichsgesundheitswoche (20 cbm Luftraum pro Person) Wohn- und Schlafräum einer 11 köpfigen Proletarierfamilie (30 cbm = 2,7 pro Person)



Der Mensch bedarf geregelter Arbeit, um gesund zu bleiben — sagt die Reichsgesundheitswoche Millionen von Arbeitslosen drängen sich in ganz Deutschland auf den Nachweisen

In diesem Sinne hat es dankenswerterweise das Arbeiter-Sportkartell in Groß-Berlin und andersorts, in Gemeinschaft mit dem »Verein sozialist. Ärzte«, unternommen, gegenüber der »Reichs-Gesundheitswoche eine Volksgesundheits-Woche im selben Zeitraum zu veranstalten. Durch Versammlungen, Demonstrationen, Betriebsvorträge, Führungen soll die Arbeiterschaft auf ihre eigene Gesundheitspolitik nachdrücklich hingewiesen und zur Diskussion darüber angeregt werden! Hierzu seien auch einige wenige Schriften genannt, wie: Dr. Benjamin: »Tod den Schwachen!«, Brupbadier: »Kindersegen . . .«, V. Noack: »Kulturschändel«, Dr. med. A. Genss: »Was lehrt die Freigabe der Abtreibung in S.-Rußland« (I. Band: Der Abort auf dem Lande), Prof. Kaplun: »Über Forschung und Forschungsanstalten auf dem Gebiete der Gewerbehygiene und Unfallverhütung in der Union d. SSR, das Institut Obuch zur Erforschung der Gewerbekrankheiten in Moskau« Aufgaben, Organisation und Arbeit 1923-1925; Prof. A. Grotjahn: »Soziale Pathologie« (Berlin 1924), die sämtlich durch die Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, Berlin SW 61, Planufer 17, zu beziehen sind.

Zum Schluß sei noch hingewiesen auf die 7 »Grundsätze der Sowjet-Medizin«, die weder bei uns in Deutschland, noch auch in irgend einem kapitalistischen »Kultur«-Staat grundsätzlich angenommen sind noch werden könnten, ohne daß dieser Staat — eben aufhören müßte kapitalistisch zu sein. Sie lauten:



Vollwertige wohlschmeckende Nahrung — sagt die Reichsgesundheitswoche Frauen, die sich aus den Abfällen der Markthalle ihr Mittag zusammensuchen



Putzt euch immer gut die Zähne — was die Reichsgesundheitswoche den zurückge- verkümmerten Großstadtkindern sagen kann

ist das einzige, bliebenen und

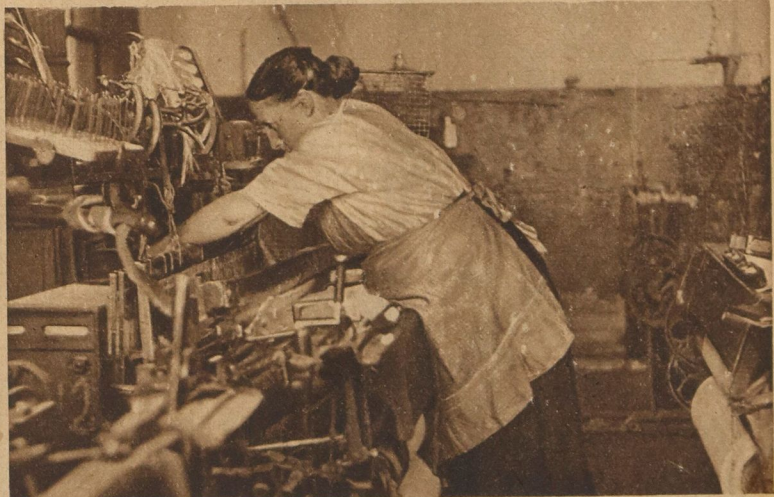


Luftige reinliche Kleidung — Lumpen voll Ungeziefer, die übliche »Kleidung« der Obdachlosen

sagt die Reichsgesundheitswoche

Sieben Grundsätze der Sowjet-Medizin.

1. Vorbeugung möglichst aller Krankheiten (nicht erst Heilung.)
2. Unentgeltlichkeit.
3. Allgemein zugänglichkeit für alle (d. h. leichte Erreichbarkeit).
4. Selbsttätigkeit der Werktätigen im Gesundheitswesen (d. h. das gesamte Gesundheits- und Heilwesen wird durch die zentralen wie lokalen Räte-Organen, unter Zuhilfenahme der Ärzte und Pflegepersonen, verwaltet).
5. Nur qualifizierte Heilhilfe (jede Kur»pfluscherie« verboten).
6. Gesundheitsaufklärung aller Bevölkerungsschichten.
7. Einheitlichkeit der gesamten Gesundheitsverwaltung (d. h. keine Trennung in Zivil- und Militärsanitätswesen oder in einzelstaatliche »Gesundheits«-Ministerien. — Die UdSSR ist das Land des ersten und bis her einzigen selbständigen Gesundheitsministeriums!)
Dr. med. Jussow-Meier.



Schutz der werdenden Mutter — sagt die Reichsgesundheitswoche Schwangere Baumwollweberin, die infolge ihrer Arbeit einer Fehlgeburt entgegengeht oder ein lebensschwaches Kind in die Welt setzt



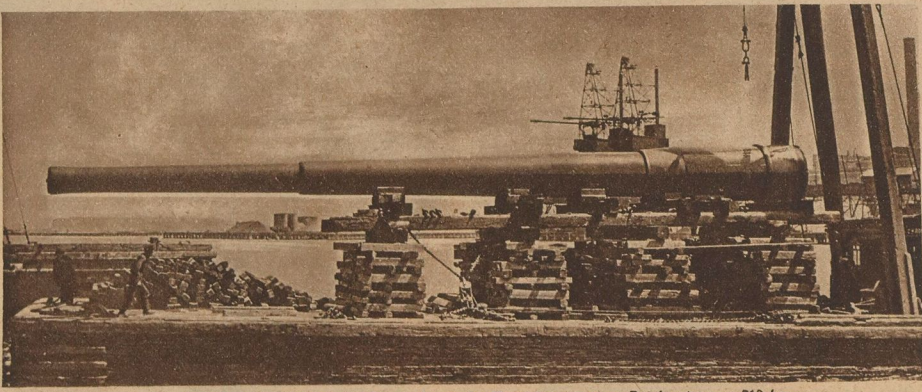
Amerikanisches Armeeluftschiff TA 5 (bei einer Notlandung)

Amerikas Gesicht hin



New-York
Flugzeuge nebeln die Sta

Die jährlich sich steigenden Land-, Luft- und See-Kriegsausgaben der U.S.A., die nur notdürftig durch salbungsvolle präsidentielle Friedensbotschaften und Abrüstungskonferenzen verdeckt werden, richten sich gegenwärtig anscheinend hauptsächlich gegen Ost-Asien, insbesondere gegen Japan, das durch die Konkurrenz seiner billigen Arbeitskraft, sowie durch seinen jungen Imperialismus Amerika »lästig« zu werden droht. In Wirklichkeit aber können u. a. an dem Mächte-Konflikt in China sich die wütenden nur notdürftig verdeckten Interessengegensätze zwischen Amerika und England sowie den übrigen Großmächten zum offenen Kriege entzünden. Daneben besteht fortdauernd die



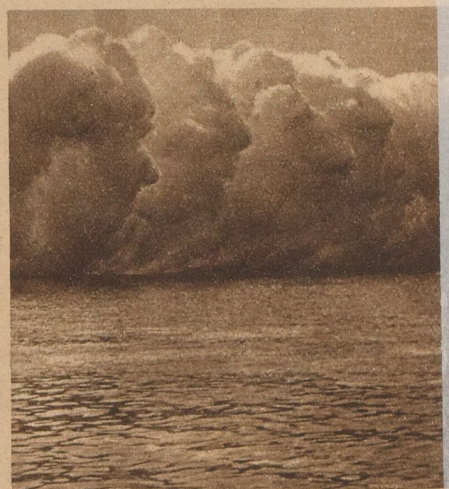
Ein neues amerikanisches Riesen-Longrohr-Geschütz mit einer Reichweite von 210 km



»Sport«
Die Gewehre werden



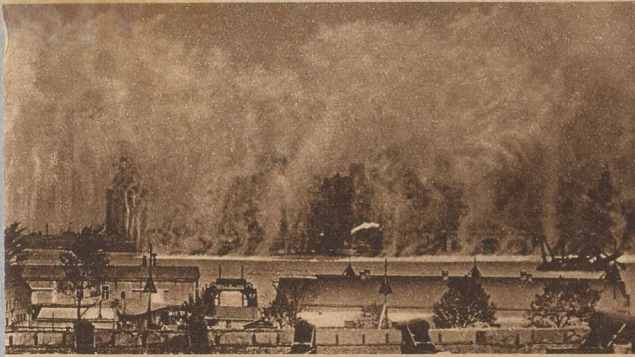
Eine neue Bootstyp der amerikanischen Marine zum Transport von Kanonen



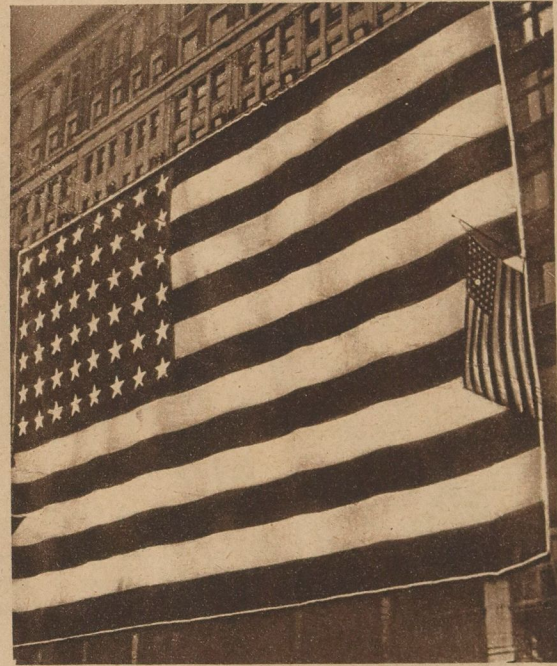
Flugzeug-Manöver h



r der Friedensmaske



ch auf den Krieg vor
ie nach Außen unsichtbar zu machen



»Die Flagge deckt die Ware« (Engl. Handelspruch)
Die größte Fahne der Welt



er Studentinnen
auf Arbeiter gerichtet sein

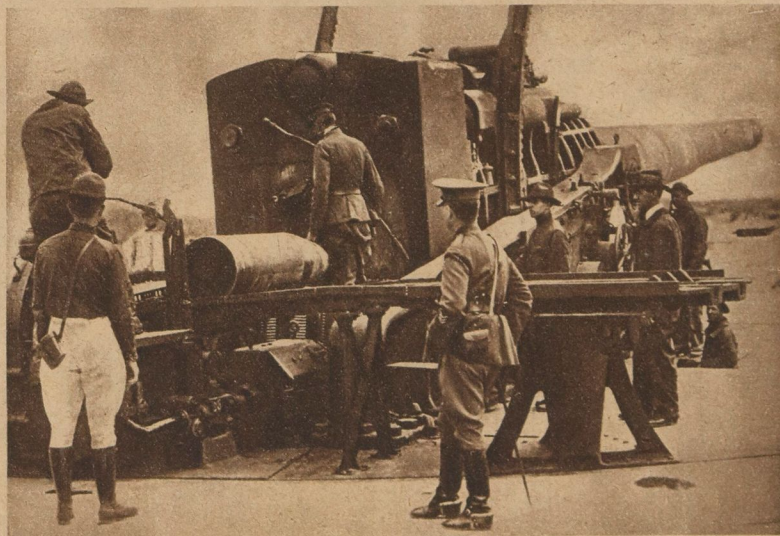
unüberbrückbare Kluft: Sowjet-Rußland — Bürgerliche Welt; hat doch Amerika als einzige Großmacht es bisher immer noch abgelehnt, auch nur die diplomatischen Beziehungen zur Sowjet-Union aufzunehmen! So sind die amerikanischen Riesen-Geschütze und die gigantische Gas-Fabrikation Edgewoods auch gegen die Sowjet-Republik gerichtet. — Natürlich gelten wie immer und überall die Rüstungen ebensosehr dem »inneren« wie dem »äußeren Feind«!



Landung amerikanischer Marinetruppen mit Unterstützung von Wassertanks



er Rauchwand



Riesengeschütz in Fort Tilden (Long Island)
mit dem eine 20 Ztr.-Granate auf 50 km zielsicher abgeschossen werden kann



Der größte Steinbruch Deutschlands



Links:
Der größte deutsche Stein-
bruch von Demitz—Dumitz
(Sachsen), der über fünf
Drahtseilbahnen verfügt

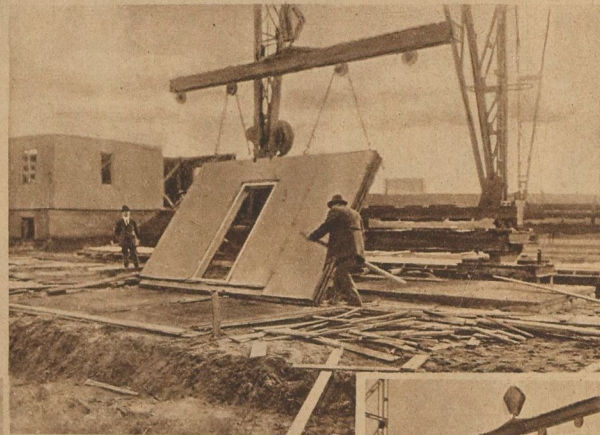
Links:
Anlegen der Sprenglöcher
unterhalb der Gesteins-
massen, die gebrochen
werden sollen

Rechts:
Mühsäliges Spalten der
Blöcke durch Eintreiben
von Meißeln

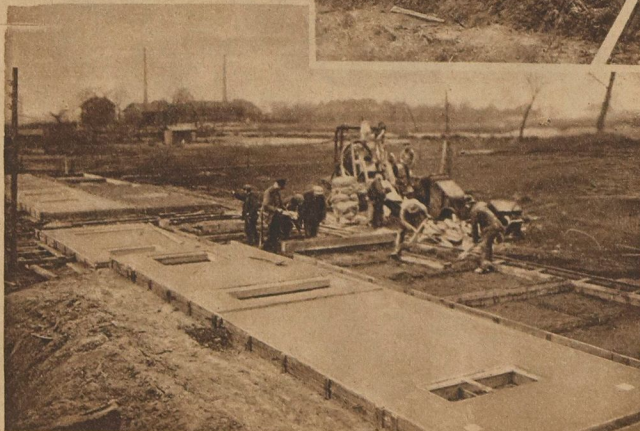


Häuser, die über Nacht entstehen!

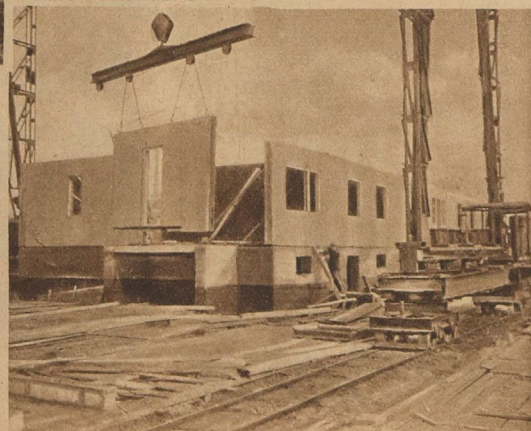
Kürzlich wurde bei Berlin ein neues Verfahren im Häuserbau ausprobiert, bei dem das mühselige Übereinanderschichten der einzelnen Ziegelsteine vollkommen fortfällt. Die Wände werden aus Betonmischung in abgesteckten Formen hergestellt, wobei Fenster und Türrahmen gleich mit eingegossen werden. Die erhärteten Wandplatten werden mit Hebe-Kränen zu Häusern zusammengesetzt. Das Verfahren, das in Amerika schon lange



geübt wird und sich als durchaus praktisch bewährt hat, bringt dem Bauunternehmer eine ungeheure Ersparnis an gelernten Arbeitskräften. Bei seiner Anwendung in größerem Maßstabe würde sich die Rückwirkung am Bauarbeiter-Markt zweifellos bemerkbar machen. Es gehört zu den Eigentümlichkeiten des kapitalistischen Systems, daß jeder Fortschritt, der ein Segen sein könnte, für das Proletariat neues Elend bedeutet. —



Ausstampfen der Formen



Zusammensetzen der fertigen Platten

Der nationalistische Rummel im Rheinland geht weiter

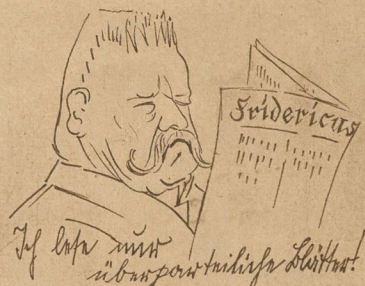


Das Gift der Politik darf nicht in Kinderseelen getragen werden, sagen die Nationalen ständig. Aber dem »Retter« dürfen die Kinder natürlich zujubeln

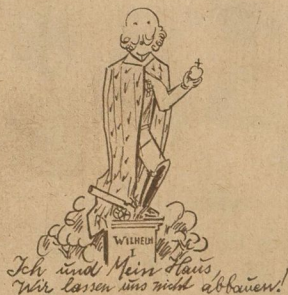


Schulter an Schulter
der die Schafe hütet — und der sie zur Schlachtbank führt

Nachtrag zu unserer April-Nummer



Hindenburg dementiert
Bekanntlich wirken »Rote Fahnen«
zu aufreizend auf die Hindenburgler



Sie stehen noch — in Deutschland
Gestürzt war das Denkmal Alexander II.
in Rostow am Don (Sowjet-Rußland)



Die Reichswehr wehrt sich,
unter die Lupe genommen zu werden, weil
sie fürchtet, dabei zu schwarz zu erscheinen

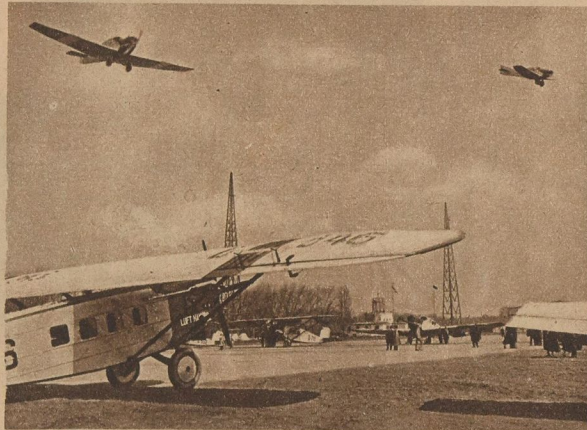


Von der Reichskonferenz des Roten Frontkämpferbundes in Halle
Am Vorstandstisch der kommunistische Abgeordnete Thälmann

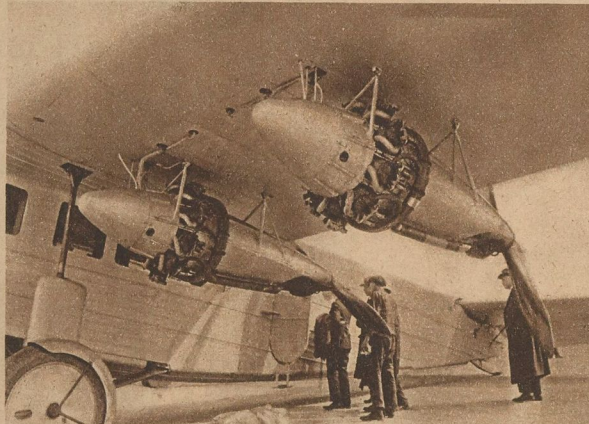


Deutschlands neue Luftriesen

Heute noch „Friedensinstrument“, morgen . . . ?



Der neu eröffnete Flughafen auf dem Tempelhofer Feld bei Berlin



Die riesigen 200 PS-Siemensmotore des »Kondors«



Start des neuen Udet-Großflugzeuges, das für 11 Passagiere und 2 Führer Platz hat und für den Verkehr auf internationalen Strecken bestimmt ist

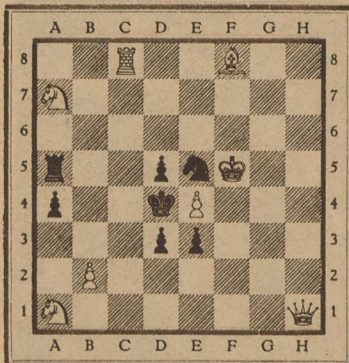
Schach.

Geleitet vom Berliner Arbeiter-Schachklub.

Alle Lösungen und Anfragen für die Schachspalte sind an E. Schwenke, Berlin-Reinickendorf-Ost, Sommerstr. 52 zu richten.

Schachaufgabe Nr. 6

H. Doormann, Altona. Original.



Einige Winke für Problemlöser von Robert Oelschläger (D. A. Z. 1910).

Bayersdorf, einer der hervorragendsten deutschen Problemkomponisten und »Kenner schrieb einmal auf eine diesbezügliche Frage einem Korrespondenten: »Bilden Sie Ihren Geschmack durch fleißiges Problemlösen, das ist die beste Ausbildung« usw.

Der Wahrheit dieses Satzes wird sich wohl kein Schachspieler entziehen können. Und doch wieviel gibt

es wohl und nicht nur in unseren Kreisen, die vom Problemlösen nichts wissen wollen. Allerdings kann ja auch der Arbeiter im allgemeinen nicht viel Zeit darauf verwenden. Gerade darum ist es auch grundfalsch, wenn manche Schachfreunde sich einbilden, ein 3⁺ sei leichter zu lösen,

wie eine 2⁺, weil . . . nun weil man da eben noch einen Zug mehr zur Verfügung hat. Meine Meinung ist, ehe man sich an einem 3⁺ versucht, sollte man erst die Lehren auf sich einwirken lassen, welche uns die Lösungen der 2⁺ bieten.

Die Zeit, welcher ein Ungeübter auf das Lösen von 3⁺ verwendet, wäre in diesem Sinne entschieden nützlicher und sicher auch produktiver angebracht, wenn er erst einmal zweizügige Nüsse zu knacken versucht.

Und dann erst die Methode des Lösens bei den meisten unserer Schachfreunde, au! au! Die Stellung wird in einem Nu aufs Brett gebracht und dann gehts los. Ist auch noch eine weiße Dame in der Stellung vorhanden, dann ist ein 60 pferdekräftiger Mercedeswagen in voller Fahrt eine Schnecke im Vergleich mit der Schnelligkeit, in welcher die weiße Dame den »ersten« Zug sucht! Sind aber gar mehrere Schachfreunde bei der Auffindung der Lösung tätig, so sieht man von Zeit zu Zeit ein wahres Chaos von Händen und herumwirbelnden Figuren, von dem babylonischen Stimmengewirr ganz zu schweigen. Ist die Stellung dann wieder aufgebaut, gehts Streiten los, daß sie nicht richtig steht.

Hier möchte ich, durch Erfahrungen gewitzigt, einen guten Rat einflößen. Kommt einmal ein Schachfreund mit einem Problem, von welchem er die Stellung nicht einwandfrei angeben kann, dann lasse sich niemand in Lösungsversuche ein, denn es ist möglich, daß der Lösende eher Großvater wird, als daß er die Lösung findet, weil vielleicht eine Figur falsch gestellt ist.

Fortsetzung folgt.

Lösung der Schachaufgabe Nr. 5.

1. Sc5—e4! droht Da8⁺.

Kampfbogen

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Kampfbogen“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Abgabepreis: frei vom 1. April 1926 2,00 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Arbeitervereinsverlag für den Bezirk Halle-Merseburg, e. B. M. B., Halle, Postfach 114.

Abgabepreis: 15 Halbpennig f. d. Blattmeter Höhe u. Spalte; 70 Halbpennig f. 1. Klasse im Zeitl. Manuskript zu richten nach die Post bezogen 14. Tel. 1045, 1047, 2251. (Telegr.-Adr.: Kampfbogen) Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postfach: Leipzig 1008 45 Fritz Reub. Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Mittwoch, den 21. April 1926

6. Jahrgang • Nr. 93

Der Parteiausschub der SPD. zum Sachsentonflikt

Alles soll beim Alten bleiben

Gestern hat in Berlin der Parteiausschub der SPD. getagt, der sich mit dem Sachsentonflikt beschäftigt. Es wurde folgendes Bulletin herausgegeben:

„Der Parteiausschub nimmt die Berichte über den „Sachsentonflikt“ zur Kenntnis und bringt auf die schnelle Durchführung der eingeleiteten Ausschussverfahren. Des weiteren, daß alle hierbei beteiligten Gewerkschaften und die sachliche Organisation mit der Einsetzung eines gemeinsamen Schiedsgerichts einverstanden sind. Der Parteiausschub erwartet, daß der Parteivorstand allen Verfassungen, die organisatorische Einheit der Sozialdemokratischen Partei zu zerstören, sofort entgegen begegnet.“

Dieses Bulletin belagt keineswegs, daß die 23 Rechten aus der Partei ausgeschlossen werden, auch wenn die Meinung so klingen mag. Die „Leipziger Neueste Nachrichten“ schreiben hierzu:

Der Parteiausschub hat sich also mit diesem Beschlusse an die Säbungen geklärt. Gemäß diesen Säbungen steht den Ausschüssen das Einspruchsrecht zu, von dem ja auch Gebrauch gemacht worden ist. Der zweite Akt dieser Angelegenheit wird sich nun vor dem Schiedsgericht abspielen, dessen Vorsitz ein „Neutrale“, also ein Nichtpartei ausüben wird. Gegen dieses Schiedsgerichtsurteil kann aber wieder Berufung eingelegt werden, die an den Reichsgericht zu richten wäre. Wie die Dinge in Sachen bei der SPD liegen kann man nach alledem mit einiger Bestimmtheit darauf rechnen, daß sich das Schauspiel vom Sommer vorigen Jahres wiederholen wird.

Das Schauspiel vom vorigen Sommer ist bekanntlich das gewesen, daß der Parteivorstand in jeder Form — wie das ja bereits auch zu wiederholten Malen die linken sozialdemokratischen Führer öffentlich zugabene haben — die 23 Rechten polittisch und zu ihrer Politik ermuntert hat. Der Parteiausschub hat Parteivorstand handelt nach dem Satz: Zeit gewonnen, alles gewonnen.

Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen einen Strich durch diese Rechnung machen, indem sie jeden Aufstand mit den 23 Rechten ablehnen, dafür aber mit den kommunistischen Arbeitern eine einheitliche Klassenfront gegen jede Art von Koalitionspolitik bilden.

Am der Leine des Gegners

Unterstützung der Bourgeoisie für die 23 in Sachsen Die sozialdemokratische „Chemnitzer Volksstimme“ veröffentlicht unter der obigen Überschrift eine Reihe von bürgerlichen Pfei-

Verfassungsbruch der Kautz-Regierung

Zur Verhinderung

Die Kautz-Regierung tut alles, um den Volkswille hinauszujaugern und zu verschandeln. Im Reichsausschub des Reichstages erklärte gestern der Innenminister Kautz, daß die Regierung auf dem Standpunkt stehe, das Enteignungsgesetz sei verfassungsändernd und benötige zu seiner Umwandlung durch den Volkswille die Mehrheit der Stimmberechtigten als Ja-Stimmen. Vorher versuchte Kautz die Stellungnahme der Regierung dadurch zu verschleiern, daß er erklärte, die Reichsregierung hätte noch nicht Stellung zum Enteignungsgesetz genommen. Die Erklärung aber, daß das Gesetz verfassungsändernd sei, beneht, daß die Regierung längst Stellung genommen hat. Im Reichsausschub wurde dann das neueste Kompromiß verhandelt, wobei sogar der Sozialdemokrat Hosenfeld erklärte, daß es nur neue Verschleierungen aufweise. In der „Vollständigen Zeitung“ schlägt der Reichsgerichtsrat Schwaib vor, daß die Regierungsparteien im Reichstage beim Enteignungsgesetz Veränderungen annehmen, damit dann der ursprüngliche Entwurf und der geänderte zum Volkswille kommen. Er hoffe dann, daß der durch das Volksbegehren geforderte Gesetzesentwurf nicht die nötige Anzahl Stimmen erhält. Darüber hinaus haben Kautz und der Reichsgerichtsrat Curtius mitgeteilt, daß sich die Regierung mit weiteren Plänen zur Änderung der Verfassung und insbesondere der Bestimmungen über die Durchführung des Volkswille (1) tragt. Sider wird die Kautz-Regierung dann sogar vor einer vollständigen Änderung der Verfassung nicht zurückschrecken, wenn der Volkswille die nach den bisherigen Bestimmungen ausreichende Zahl von Unterzeichneten gefunden haben wird. Die Erklärung des Belagerungsstandes und der Erlass von Ausnahmebestimmungen auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung hat je bisher noch immer der Regierung den Vorwand zur Verhinderung von Schwenkmäßen politischer oder sozialer Art, die die Arbeiterkraft zu erzwängen drohte, gegeben.

Dieser gegenwärtige und gewöhnliche Überstand der Kautz-Regierung ist von 12% Millionen geforderten Volkswille (1) nicht mehr mit parlamentarischen Mitteln bezogen werden. Hier muß die Arbeiterkraft selbst auf den Plan treten. Wenn jetzt die deutsche Arbeiterkraft rüstet zum 1. Mai, so muß sie ihren Kampf

stimmen, die sich ausschließlich auf das wärmste für die 23 Disziplinbrecher in Sachsen ausrichten. Die bürgerliche Presse lobt die 23 als erfahrene Männer, die dem sächsischen Staat Ruhe und Sicherheit gebracht haben. Diese Presse ist auch auf genauere davon unterrichtet, daß die 23 den bisherigen Kurs politischer Gewerkschaften weiterführen werden. Die Aufklärung der Disziplinbrecher wird in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ ausdrücklich als „mutiger Schritt“ begrüßt. Die deutschen Nationalen „Dresdner Nachrichten“ erklären wörtlich, daß die Bourgeoisie ihre ganze Hoffnung auf die 23 legt:

„Som bürgerlichen Standpunkt aus läßt sich nur lebhaft wünschen, daß die sächsischen Rechtssozialisten diese Probe gut bestehen mögen; denn nur mit Schreden kann man daran denken, was werden wird, wenn die radikale Front hemmungslos über dem sächsischen Volke zusammenstürzt.“

Die sozialdemokratische „Volksstimme“ stellt zusammenfassend fest, daß dieses Lob aus dem Munde des Gegners besser als alles andere beweist, welche Rolle die Rechtssozialisten in dem Kampf des Proletariats (oder besser noch im Kampf gegen das Proletariat) spielen.

Sie zanken sich, wer die richtige SPD. ist

(Eig. Drahtm.) Dresden, 21. April.

In der gestrigen Landtagsitzung gab die sozialdemokratische Fraktion eine Gegenerklärung gegen die Rechten ab, in der die Behauptung der Rechten, die Sozialdemokratie sei gespalten, widerlegt wird. In der Erklärung heißt es, nicht die Sozialdemokratie sei gespalten, sondern die 23 Rechten seien längst keine Sozialdemokraten mehr.

Sozialdemokratische Arbeiteropposition gegen den SPD.-Parteivorstand

(Eig. Drahtm.) Berlin, 21. April.

In einer gestern in Berlin von Tausenden besuchten Versammlung sprach der ausgeschlossene Freiberger und der von den Berliner SPD-Anhängern ausgeschlossene Mäxle, beide appellierten sich die Diktatur des nicht mehr getauenen einer der Reichs-

halten Haltung gemah-



Die sozialdemokratischen Arbeiter werden erstaunt sein, aus dieser Meldung zu erfahren, daß sich Kautz noch für die beschleunigte Vorlage des Fährtenabstufungskompromisses, nicht aber für die beschleunigte Vorlage des Enteignungsgesetzes einsetzt, das durch das Volksbegehren angenommen wurde. Wären die sozialdemokratischen Führer einen neuen Verrat?

Gemeinnützige Waise

(Eig. Drahtm.) Braunschweig, 21. April.

Der Vorstand des Ortsvereins der freien Gewerkschaften hat die Leitungen der SPD. und KPD. zusammengerufen, um zu beraten über den 1. Mai. Man einigte sich auf folgender Grundlage: Die Arbeiterkraft soll mit auferufen, die Arbeit am 1. Mai vollständig ruhen zu lassen und morgens um 9 Uhr zur Demonstration aufzumarschieren. Als Referenten sprachen ein Vertreter der SPD. und KPD.

Revolutionäre Gärung in Polen

Halle, 21. April.

Ueber die polnischen Zustände beginnen selbst bürgerliche Zeitungen die trübsten Schilderungen zu geben. So kann man der Krakauer Zeitung „Czas“ folgende Zeilen entnehmen:

„Im Sejm, dem polnischen Parlament, löst sich keine regierungsfähige Koalition herstellen. Die Regierung ist rat- und taktlos. Im Volke herrscht Apathie und Furcht vor der Zukunft. Verschworene Pläne werden erörtert, sogar von einer Monarchie ist die Rede, obwohl man weder für einen Diktator noch für einen Monarchen eine geeignete Persönlichkeit hat. Die täglichen Unruhen werden nicht durch halbseitige Agitation hervorgerufen, sondern sind der Ausdruck des tatsächlichen Elends im Lande. Die Lage des Arbeitslosenheeres ist katastrophal. Dabei hat man mit einer weiteren Steigerung der Teuerung zu rechnen. Ohne ausländische Anleihe fällt Polen der völligen Verelendung zum Opfer. Auf Anleihen ist aber nur Aussicht, wenn Polen sein Budget, seine staatlichen Unternehmungen unter Auslandskontrolle stellt. Um die Währung und den Staatshaushalt zu retten, hat die polnische Regierung Steuern eingeleitet, die weit über die Grenzen der Bevölkerung hinausgehen. Durch außerordentlich hohe Zölle ist die Einfuhr empfindlich abgedrosselt worden. Seit Jahresfrist wächst die Notlage der Industrie. Trotz aller Vorfälle weiß der polnische Staatshaushalt ein Defizit von mehreren hundert Millionen auf. Diese Ziffern dürften sich noch wesentlich erhöhen, denn die Währung ist erneut ins Wanken geraten. Alle Gewaltmaßnahmen haben nichts genutzt. Auch die Landwirtschaft ist am Ende ihrer Kraft angelangt. Sie ist in einem Maße beeinträchtigt worden, daß die großen Beliber schon Land und die kleineren Landwirte sich an Zahlungsfrist für Steuern anbieten.“

Neben all diesem Jammer feiert die Korruption Regien und der polnische Staat wird um Millionen betrogen. Nachdem erst vor kurzem bei der polnischen Fabrikation ungeheure Veruntreuungen aufgedeckt wurden, hat Losen ein neues Strafverfahren stattgefunden, bei welchem es sich ebenfalls um Millionenwerte handelt. Derartige Gaunereien sind in Polen so häufig geworden, daß manche Zeitungen dazu übergehen, eine leistungsfähige Rubrik einzurichten, unter welcher ihre Leser fortlaufend über die neuen Veruntreuungen unterrichtet werden.

Soweit das polnische Blatt. Aus seinen Angaben kann man entnehmen, daß die Situation in heutigen Polen fast auf ein Haar der gleiche, wie wir sie im Oktober 1923 bei uns in Deutschland gehabt haben. Wie damals in Deutschland nach dem Verrat der von den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie gebildeten Koalition, so ist heute in Polen nach dem Verrat nach der Diktatur erfolgt, so schaut man auch in Polen nach dem flackern Mann aus, der Rettung bringen soll. Und wie die deutsche Bourgeoisie gemeinsam mit der Sozialdemokratie im Oktober 1923 nur noch mit dem Ausnahmezustand gegen das Proletariat glaubte „das Vaterland retten“ zu können, so sind auch die polnischen Sozialdemokraten mit ihrer herrschenden Klasse darin einig, daß es vor allen Dingen darauf ankomme, einen Oberbefehlshaber der polnischen Truppen zu haben, der tüchtigste die rebellierenden Massen niederzuhalten versteht. So scheint in Polen die Stunde des verhängten Völkermordes, des trübsten Sozialismus, wieder gekommen zu sein. Nicht zum wenigsten die Sozialdemokratie in Polen erwartet, daß er als militärischer Oberbefehlshaber jetzt den „Reiter Polens“ spielen wird.

Während so auf der einen Seite die polnische Bourgeoisie mit Unterstützung der Sozialdemokratie befreit ist, vermisst des weißen Terror die verhungerte Arbeiterklasse niederzuhalten, vollzieht sich auf der anderen Seite innerhalb der Arbeiterkraft selbst ein ungeheurer Radikalierungsprozeß. Wohl hegen nach belanntem Muster alle polnischen Zeitungen gegen die Kommunisten als die angeblichen Störenfriede und Arrangure der Gewerkschaften-Löwen-Demonstrationen. In Wirklichkeit ist es aber so, daß auch die breitesten Massen der sozialdemokratischen Arbeiter in ihren Führern die Gefährlichkeit gefühlt haben und mit den Kommunisten zusammen den Kampf gegen ihre Verelendung aufgenommen haben.

Die Zusammenstöße zwischen Arbeiterlosen und bewaffneter Macht häufen sich. Immer stärker wird die Erkenntnis in den Massen des polnischen Proletariats, daß keine Lage nur gebessert werden kann durch die Übernahme der Macht. Schon flackern da und dort Teilkampfe auf, als die Vorläufer des bewaffneten Aufstandes. Stellenweise haben Gewerksleute die Munitionsläden gestürmt, um nicht unbewaffnet von der Polizei des kapitalistischen Staates niedergeschlagen zu werden.

Das alles sind Symptome, die darauf hinweisen, daß Polen vor wichtigen revolutionären Ereignissen steht. Es kommt darauf an, daß die kommunistische Partei Polens es verstehen wird, die Einzelkämpfe des polnischen Proletariats zusammenzufassen und eine wirklich kampffähige Einheitfront zu schaffen. Die Forderung der Arbeiter- und Bauern-Regierung, die in der polnischen Arbeiterklasse immer größere Massen von Unzufriedenen gewinnt, ist der Zentralpunkt, um den sich die in Entwicklung befindlichen politischen Aktionen gruppieren werden.

Die deutschen Arbeiter haben alle Ursache, die Ereignisse in Polen mit der größten Aufmerksamkeit zu verfolgen. Das deutsche Proletariat hat aus den Oktoberereignissen 1923 vieles gelernt, was es jetzt den polnischen Arbeitern als wichtige Lehre auf den Weg mit-

